

Der Deutsche Metallarbeiter

Wochenschrift des Christlichen Metallarbeiterverbandes Deutschlands

Nummer 17

Duisburg, den 25. April 1931

32. Jahrgang

Um Arbeitslosenversicherung und Wohlfahrtsunterstützung

Wir stehen vor großen Kämpfen um die Leistungen in den sozialen Versicherungszweigen. Die nun schon seit mehr als einem Jahr andauernd außergewöhnliche Krise hat vor allem an die Arbeitslosenversicherung und auch an den Etat der Kommunen Ansprüche gestellt, welche man in einem solchen Ausmaß kaum für möglich gehalten hätte. Zweifelsohne stehen die sozialen Versicherungszweige an einem kritischen Punkt. Die Lage ist nicht zum mindesten dadurch erschwert, daß ab 1. April die Arbeitslosenversicherung aus dem Reichs-etat losgelöst worden ist. Sie ist damit auf sich allein gestellt und soll vom Reich keine weiteren Darlehen erhalten. Das heißt wohl kaum etwas anderes als Steigerung der Beitrags-sätze oder Senkung der Leistungen.

Schon anläßlich des Sanierungsprogramms, das die Regierung Brüning Ende September 1930 aufstellte, und in dem auch die Trennung der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung vom Reichshaushalt vorgesehen war, machten wir auf schwerwiegende Bedenken der Arbeiterschaft dagegen aufmerksam und schrieben in unserem Verbandsorgan Nr. 41 (1930):

Die vorgesehene Trennung muß so einschneidende Veränderungen nach sich ziehen, mit denen sich die Arbeiterschaft wirklich nicht ohne weiteres einverstanden erklären kann. Wir wollen hier nur die Folgen der Trennung aufzählen, die heute schon in der Unternehmernpresse verschiedenster Gattung genannt werden. Diese können bestehen in einer Auflösung der bisher gehandhabten Berufssolidarität, also Einrichtung von Gefahrenklassen, wie das die Notverordnung bereits vorsieht, und Auflösung der Reichsgebietsolidarität, also stärkere Verantwortlichkeit der Landesarbeitsamtsbezirke, oder aber in einer weitgehenden Zusammenlegung der heutigen drei Versorgungsarten bei Aufhebung des Versicherungscharakters und Einführung der Bedürftigkeitsprüfung überall.

Wir verkennen die Schwierigkeiten nicht, denen der Reichshaushalt bei Wirtschaftskrisen und steigender Arbeitslosigkeit ausgesetzt ist. Aber es hieße doch den Sinn der Arbeitslosenversicherung vollständig verkennen, wenn man in ihr nur eine Versicherung auf Gegenseitigkeit sähe: die Arbeitslosigkeit der Nachkriegszeit als Folge von Krieg und Inflation ist ja nicht etwa eine Angelegenheit der Unternehmer und Arbeiter allein, sondern eine Volksfrage. Infolgedessen muß auch die Lastenverteilung zur Arbeitslosenversicherung anders sich gestalten als bei den übrigen Versicherungszweigen, sie sollte vom Volksganzen getragen werden.

Wie nicht anders zu erwarten, hat jetzt in der Öffentlichkeit ein scharfer Kampf gegen die Arbeitslosenversicherung und im Zusammenhang damit gegen die Sozialversicherung



Wie ein Mann stehen wir für unser Recht und für unsere Familien!

überhaupt eingeseht. Es waren nicht nur Unternehmerkreise, welche der Ansicht sich hingaben, daß eine möglichste Kürzung des Arbeitereinkommens eine Besserung der wirtschaftlichen Lage bewirken könne. Handelskammern, Handwerkskammern, Einzelhandel, beamtete Schichten, Reichsminister a. D., suchten mit mehr oder weniger Geist dasselbe zu beweisen. Wer aber redete irgendwo und irgendwie von Verwaltungslasten in Industrie, in Reich, Ländern und Gemeinden? Verwaltungslasten, welche fünfmal so hoch sind wie unsere Reparationszahlungen? Warum denn sollte man auch davon reden, solange der vereinte Ansturm der Öffentlichkeit, unterstützt dabei von 50 Prozent Unorganisierten und politisch radikalen Elementen, im Lohn allein das geeignete Abbaubjekt sah?

Unternehmerschichten dämmerte es zuerst auf, daß die einseitige Lohnsenkungsmethode ohne eine gleichzeitige, gründliche Reduzierung der öffentlichen Verwaltungslasten ein Unding und ein Unfug sei, ja, daß Unternehmer und Arbeiter eine gemeinsame Front gegen die „Ausbeutung der Wirtschaft“ durch die öffentliche Hand bilden müßten. Eine solche Umstellung mag immerhin begrüßt werden; die Arbeiterschaft sollte auch derartige Wandlungen nicht einfach mit einer Handbewegung abtun.

Großpensionäre für Rentensenkung

Geblieden aber ist die Kampfstellung gegen die soziale Versicherung. Man darf sogar sagen, daß selten ein Kampf mit weniger fairen Mitteln geführt wurde, als dieser. Seit Monaten hallt eine bestimmte Presse wieder vom Klagefang über die untragbaren Leistungen in Arbeitslosenversicherung, Wohlfahrt, Krankenversicherung. Seit Monaten wird der Öffentlichkeit einzuhämmern versucht, daß die Rentenbezieher sehr wohl auf 20–30% Rente verzichten könnten, daß Witwen und Waisen auf einen großen Teil ihres Geldes verzichten müßten, weil sie ja weitaus arbeitsfähig wären.

Menschen mit 18 000–20 000 M Pensionen schreiben Artikel darüber, daß die Senkung der Leistungen in der Sozialversicherung der einzige Ausweg aus der Bedrängnis sei. Reichsminister a. D. Gotheim schreibt in der Bergwerkszeitung vom 14. April in einem mehr langen, als klugen und überzeugenden Artikel, daß, um Einnahmen und Ausgaben in der Sozialversicherung in Einklang zu bringen, nur eine Senkung z. B. der Renten übrig bleibe. Ein solches Wörtchen „nur“ in einer so prekären Angelegenheit und ohne eine weitere Untersuchung, ob nicht z. B. durch eine gründliche Verwaltungsreform außerordentlich viel zur Senkung der Ausgaben geschehen könnte, sollte zum mindesten ein Minister a. D. nicht so leicht hin aussprechen. Es sei denn, daß es ihm gleichgültig sei, ob man auch auf ihn das Wort „vorgeeignet“ anwenden dürfte.

Arbeitslosenversicherung und „Brauns-Kommission“

Das gleiche gilt für die Arbeitslosenversicherung. Der Haushalt der Reichsanstalt stütze sich auf einen Beitrag von 6,5%, mit dem im Jahresdurchschnitt etwa 1,75 Millionen Arbeitslose unterstützt werden können. Infolge Lohnsenkung und Kurzarbeit gehen aber die Beiträge erheblich zurück. Nun kam die Reichsanstalt mit den Reichsmitteln, welche im vorigen Haushalt dafür bereit gestellt waren, gerade bis zum April 1931. Was soll aber nun für die Zeit bis zum Sommer geschehen, in der man wohl auf ein größeres Sinken der Arbeitslosenzahlen hoffen darf? Es ist ein Betriebsfonds notwendig. Diesen „Kassenkredit“ in Höhe von 87 Millionen, mußte die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung aufnehmen bei der Reichsbank, weil das Reich diesen Kredit verweigerte und nur die Deckungsgarantie übernahm. Diesen Weg halten auch wir nicht für unbedenklich. Die öffentliche Meinung und der Einfluß wirtschaftlicher Kreise sind nicht ungeachtet jahrelang auf den Ton eingestellt worden, daß die Arbeitslosenversicherung den Reichshaushalt durcheinanderbringe und eine Sanierung der Reichsfinanzen erheblich erschwere; jetzt nach der Trennung von Arbeitslosen-

versicherung und Reichsetat, aber der Kreditübernahme durch die Reichsbank, werden die Stimmen kommen, welche vermelden, daß eine derartige Verkopplung die Währung ernsthaft gefährde.

Das dient dem Zwecke, die Arbeitslosenversicherung ganz oder teilweise zum Abbau zu bringen. Aus der ansteigenden Zahl hungernder Arbeiter würde dann jene industrielle Reservearmee erwachsen, deren nicht nur das Scharfmachertum der Vorkriegszeit zu bedürfen vorgab, um eine aus dem Leim geratene Wirtschaft wieder zusammenzufügen.

Die Reichsregierung hat nun einen Sachverständigen-Ausschuß, die sog. „Brauns-Kommission“ mit der Aufgabe betraut, alle Fragen, welche mit der Arbeitslosigkeit und der Möglichkeit ihrer Abhilfe zusammenhängen, zu untersuchen. Damit ist natürlich auch die Arbeitslosenversicherung verbunden. An das Ende der Beratungen ist die Frage gestellt: „die unterstützende Arbeitslosenhilfe: Versicherung, Krisenunterstützung, öffentliche Fürsorge, ihre Voraussetzungen und Finanzen, ihre Leistungen, ihr Aufbau und ihr Verhältnis zueinander“. Um Mitte April sollen die Beratungen über diesen Punkt beginnen.

Mittlerweile hat die Brauns-Kommission zwei Vorschläge der Öffentlichkeit vorgestellt. Der erste befaßt sich mit der Arbeitszeit und schlägt vor, daß dort, wo infolge tarifvertraglicher Vereinbarung die gesetzliche Arbeitszeit überschritten wird, in Zukunft eine behördliche Zustimmung notwendig sein soll. Der Ueberstundenzuschlag von nicht unter 25% soll nun nicht dem Arbeiter, sondern der Reichsanstalt zufließen. Die Reichsregierung soll die Ermächtigung haben, für bestimmte Wirtschaftszweige die Arbeitszeit bis auf 40 Stunden herabzusetzen. Der zweite Vorschlag richtet sich gegen die Doppelverdiener. Zweifellos sind die Vorschläge gut durchdacht, aber es wäre wohl verfrüht, selbst bei ihrer Durchführung eine endgültige Milderung des Arbeitsmarktes zu erwarten; zudem ist es ja eine Tatsache, daß leider der größte Teil solcher Vorschläge eben nur Vorschläge bleibt.

Als der wichtigste Punkt der Beratungen scheint die Arbeitslosenversicherung und ihre Reform. Es mögen sich auch in die Arbeitslosenversicherung einige Mängel eingeschlichen haben, die zu beheben auch die Arbeiterschaft ein Interesse hat. Aber diese Mängel würden noch keine Reform, von der in vielen Kreisen schon geredet wird, rechtfertigen. Denn daß eine solche „Reform“ nicht ohne erhebliche Abstriche vor sich gehen würde, ist ja der lebhafteste Wunsch mancher potenter Schichten. Wir stehen auch nicht auf den Standpunkt, daß es genüge, das Fundament der Arbeitslosenversicherung zu retten und alles „Entbehrliche“ zu streichen. Zunächst ist der Begriff des „Entbehrlichen“ sehr relativ. Der Herr Kommerzienrat kann 90% seines Einkommens entbehren, ohne verhungern zu müssen. Wessen soll denn aber der Arbeitslose noch entbehren? Wir fürchten, daß bei der „Erhaltung des Fundamentes“ die Arbeitslosen gründlich ans Hungern kämen. Wir zweifeln, ob das ein Weg ist, Deutschland aus der Krise herauszuführen.

Es wird endlich Zeit, daß man den Standpunkt, als sei die Arbeitslosenversicherung eine Versicherung auf Gegenseitigkeit, fallen läßt und die Last auf das ganze Volk verteilt. Anders wird eine Sanierung gar nicht möglich sein, es sei denn, daß man zugunsten gesicherter Schichten das farge Einkommen der Arbeitslosen noch beschneidet.

Wohlfahrtsunterstützung und Kommunen

Auch um die Wohlfahrtsunterstützung geht heute ein starkes Ringen. Einflußreiche bürokratische Schichten sind auch hier der Ansicht, daß gekürzt werden müsse. Nun ist die Last der Wohlfahrtsunterstützung, die auf Städten und Landgemeinden ruht, wirklich nicht gering. Wenn man die Zahl der Wohlfahrtsempfänger in den Städten und Landkreisen am 1. Januar 1930 gleich 100 setzt, so stieg die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen in den Landkreisen von 100 auf 398, also um 298%, (31. August 1930 174 000 Wohlfahrtsunterstützte, 28. Februar 1931 342 000) in den Städte-

Kreisen v. 100 auf 246, also um 146%. Die Belastungen sind außerordentlich schwer. Es ist sicher notwendig, den Etat des Reiches zu stabilisieren. Jedoch erscheint es als gefährliches Beginnen, den Haushalt des Reiches zu sichern und dafür den Gemeinden um so größere Lasten aufzubürden. Die Etats der Gemeinden hängen aufs engste zusammen mit dem Haushalt des Reiches und der Länder. Das sind sie auch äußerlich durch das System der Steuerüberweisungen, das bekanntlich jetzt von oben nach unten geht. Die Verlagerung der Lasten ist aus folgender Tabelle zu ersehen:

Monat	Von allen Arbeitslosen waren		
	In der Arbeitslosenversicherung in %	In der Krisenunterstützung %	Wohlfahrts-erwerbs-lose %
Monatsdurchschnitt 1929	64,3	10,4	25,4
Monatsdurchschnitt 1930	57,2	13,3	29,5
1931			
Januar	52	17	31
Februar	52	18	30

Diese Verlagerung der Lasten hat zu folgenden Anträgen an die Reichsregierung geführt: Die Unterstützung aller nicht von der Arbeitslosenversicherung erfaßten arbeitsfähigen und arbeitswilligen Arbeitslosen in der Reichsarbeitslosenfürsorge unter Wegfall der Lohnklassen der jetzigen Krisenfürsorge nach Maßgabe einer rein individuell vorzunehmenden Bedürftigkeitsprüfung unter Zugrundelegung von Richtsätzen. An den Kosten dieser Fürsorge sollen Reich, Länder und Fürsorgeverbände beteiligt werden. Die Städte schlagen eine

Kostenquote von 25% für die Fürsorgeverbände vor, während der deutsche Landkreistag eine solche Quote für die Landkreise als viel zu hoch bezeichnet.

Die Kollegen sehen, es geht auch bei der Wohlfahrtsunterstützung um nichts Geringes. Aber es muß auch hier gesagt werden, daß die Wohlfahrtsunterstützungen sich kaum zu einer solchen drückenden Last ausgewachsen haben würden, wenn es die Kommunen verstanden hätten, eine sparsame Politik zu betreiben. Das ist durchweg nicht geschehen. Besonders trifft das zu für die Verwaltungslasten. Die Städtenot besteht nicht unwesentlich in den übersteigerten Verwaltungslasten. Der nachfolgende Artikel über „Städtenot, Beamtengehälter und Wohlfahrtsunterstützung“ zeigt das zur Genüge.

Das gleiche trifft auch für die Sozialversicherung zu. Die Kosten der Verwaltung sind enorm hoch. Der Artikel: „Spart! Auch bei der Verwaltung der Sozialversicherung!“ in dieser Nummer beweist, daß es wirklich nicht in erster Linie die Leistungen sind, bei denen abgebaut zu werden braucht. Es können ganz andere Faktoren zunächst einmal in Begriff genommen werden. Die Arbeiterschaft wird sich um ihre Selbstverwaltungskörper doch noch etwas mehr kümmern müssen.

Die Arbeiterschaft steht in einem schweren Kampf um ihre sozialen Verzweigungen. Sie steht in diesem Kampf allein. Das muß aber gerade alle ihre Kräfte anspannen, um eine feste Front zu schaffen, an der die Angriffe abprallen. Gelingt das nicht, dann dürfte es ohne Abstriche kaum abgehen. Deshalb muß die Frühjahrswerbearbeit besonders unter dem Gesichtswinkel der Sicherung der sozialen Rechte geführt werden.

Wbr.

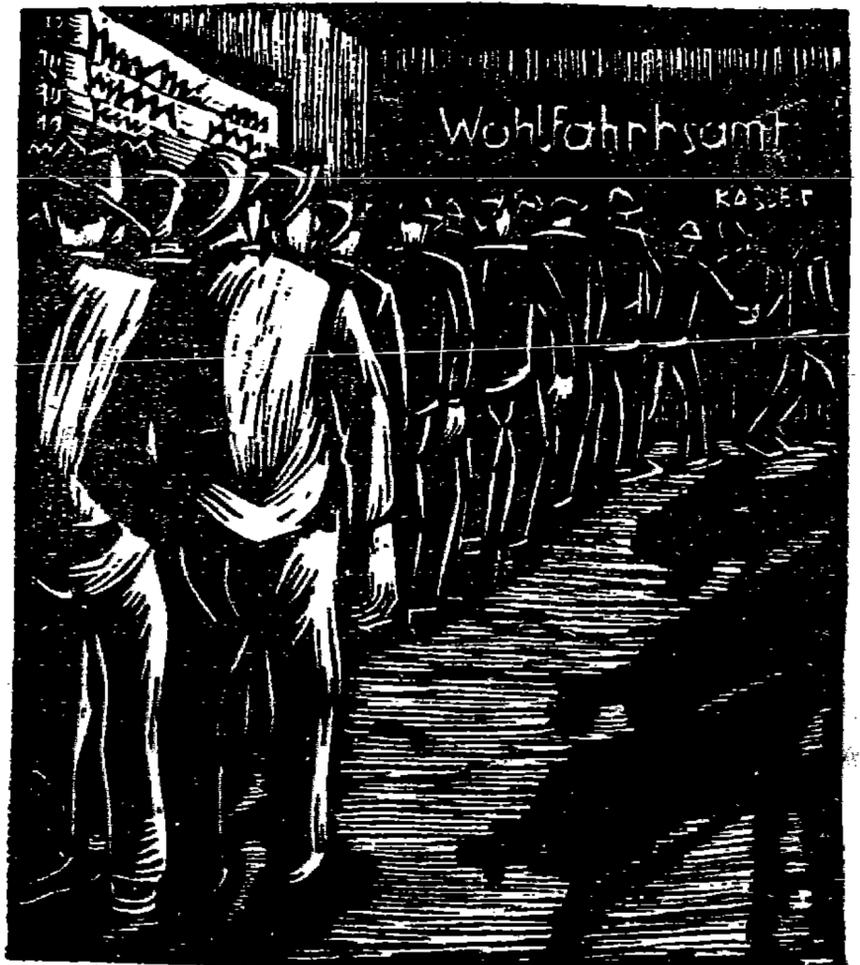
Städtenot, Beamtengehälter und Wohlfahrtsunterstützung

Es dürfte wenig bekannt sein, daß neuerdings ein Gesetz vom 24. März 1931 in Auslegung des § 43 des preussischen Besoldungsgesetzes vom 17. Dezember 1927 die Frage der richtigen Gehaltseinstufung der Kommunalbeamten wieder aufgreift. In diesem neuer erschienenen Gesetz heißt es in Artikel VI § 1, daß der § 43 des preussischen Besoldungsgesetzes vom 17. Dezember 1927 auch Anwendung auf solche Beamte findet, deren Aufgabenkreis mit dem eines unmittelbaren Staatsbeamten nicht unmittelbar vergleichbar ist, wenn ihre Bezüge im Hinblick auf die Bezüge der unmittelbaren Staatsbeamten offensichtlich unangemessen sind. Zum Verständnis mag dienen, daß der § 43 des heute geltenden preussischen Besoldungsgesetzes für die unmittelbaren Staatsbeamten auch für die Gemeinden und Gemeindeverbände gilt, wonach diese verpflichtet sind, die Dienstbezüge der hauptamtlich angestellten Beamten so zu regeln, daß diese Bezüge den Grundsätzen dieses Gesetzes entsprechen.

Wer die Besoldungspolitik bei den Kommunen in den letzten Jahren eingehender verfolgt hat, muß die jetzt in Form eines Gesetzes erschienenen neuen strengerer Vorschriften zwecks richtiger Eingruppierung der Kommunalbeamten nur begrüßen. Die Kommunalverwaltungen haben es vielfach verstanden, die hohen Besoldungen damit zu begründen, daß sie ihren Beamten Titel beilegen, die mit ihren dienstlichen Verrichtungen überhaupt nicht in Einklang zu bringen sind.

Die Gehälter der höheren Kommunalbeamten, wie Oberbürgermeister und Beigeordnete, gehen durchweg über die Besoldungen der Behördenchefs in der Reichs- und Staatsverwaltung weit hinaus. In den Großstädten werden an die höheren Beamten mit und ohne akademischer Vorbildung Dienstbezüge gewährt, die die Gehälter der Minister, der Staatssekretäre und Ministerialdirektoren weit überschreiten. Beigeordnete von Großstädten erhalten Dienstbezüge, die nicht vom Oberpräsidenten einer Provinz (22 000 RM Gehalt), einem Staatssekretär (24 000 RM Gehalt), einem Oberlandesgerichtspräsidenten (18 000 RM) und einem Regierungs-

präsidenten (17 000 RM) erreicht werden. Wie die Kommunen über die staatliche Besoldungsordnung hinauschießen, beweist auch die Tatsache, daß z. B. ein höherer Schulaufsichtsbeamter mit akademischer Vorbildung bei der Staatsverwaltung nach Gruppe 2 b (8400 RM Gehalt) ohne Stellenzulage (Oberregierungsrat als Dezernent der Schulaufsichtshörde Gruppe 2 b mit 1200 RM Stellenzulage) besoldet wird, während sie bei der Kommune in Gruppe 1 a (12 600 RM) eingestuft sind und teilweise auch noch eine Stellenzulage er-



halten, obgleich die Staatsregierung die Schulaufsichtsbehörde ist.

Die mittleren Beamten der Kommunen sind in ihren Gehältern in sehr viel Fällen den höheren Beamten der Staatsbehörden gleichgestellt. Mittlere Beamte bei den Kommunalverwaltungen werden besoldet wie im Staatsdienste Ministerialräte (Gruppe 1 a mit 12 600 RM Gehalt), Regierungsdirektoren (1 c mit 10 600 RM), Oberregierungsräte und Regierungsräte (2 b mit 8 400 RM). Bei der Kommune einer Großstadt erhält der Vorsteher des Personalbüros mit dem hoch klingenden Titel: Verwaltungsdirektor die Besoldung der Gruppe 1 a (in der gleichen Gruppe sind beim Staat Ministerialräte und Regierungsvizepräsidenten), während bei der Regierung derselbe Beamte als Präsidialamtmann das Gehalt der Gruppe 3 b mit 7 000 RM (Differenzbetrag allein im Grundgehalt 5 700 RM) ohne jegliche Stellenzulage bezieht. Neben dem Verwaltungsdirektor sind noch eine größere Zahl Bürodirektoren (Gruppe 1 c und 2 a mit Gehältern von 10 600 und 9 600 RM), Oberamtännern (Gruppe 2 c mit recht erheblichen Stellenzulagen) und Amtännern (Gruppe 3 b mit vielfach ebenfalls recht erheblichen Stellenzulagen) vorhanden, deren Arbeiten bei der Staatsverwaltung von mittleren Beamten der Gruppe 4 b (5 000 RM Gehalt) erledigt werden. Abgesehen davon, daß die preußische Besoldungsordnung keine Oberamtänner kennt (den Titel Oberamtann haben die Kommunen für sich selbst geschaffen), sind bei der Staatsverwaltung in Gruppe 3 b nur Amtänner ohne jegliche weitere Stellenzulagen. Wie allerdings mit dieser Eingruppierung sparsam umgegangen wird, beleuchtet die Tatsache, daß z. B. bei der größten Regierung der Rheinprovinz lediglich 2 Amtänner vorhanden sind, während bei den Gemeinden die Stellen für Amtänner in einem derart reichlichen Maße gebräuchlich sind, die nicht etwa durch die Dienstleistungen der Kommunalbeamten ihre Berechtigung erfahren. Wird der Landrentmeister einer Regierungshauptklasse nach Gruppe 3 b ohne Stellenzulage besoldet, so gewährt man demselben Beamten bei einer Stadthauptklasse Gruppe 1 b und z. T. auch 1 a. Ein Kuriosum dürfte es sein, daß die Kassenvorsteher von mittleren Stadt- und Landgemeinden höher eingruppiert sind als der Vorstand einer Regierungshauptklasse, der mit seinem Gehalt höchstens dem Gemeinderentmeister kleiner Landgemeinden (Dörfer) gleichkommt.

Die Kommunalbeamten mit mechanischen Dienstleistungen kommen mit ihrer Besoldung durchweg an die Gehälter der mittleren Staatsbeamten mit schwierigem Bürodienst heran.

Diese unangemessene Besoldung ist nicht allein auf die großen Kommunalverwaltungen beschränkt, sondern sie ist auch in den mittleren und kleinen Gemeinden vorhanden. Bürgermeister von Landgemeinden mit vielfach nur landwirtschaftlichem Einschlag erhalten Besoldungen der Gruppen 1 d bis 1 a, also Gruppen, in denen Staatsbeamte als Regierungsdirektoren, Oberlandesgerichtsräte und Regierungsvizepräsidenten amtieren. Ein Beamter z. B. im preußischen Staatsdienst der Gruppe 4 b, der als Bürgermeister einer Gemeinde mit etwa 7 000 Einwohnern gewählt wurde, erhielt sogleich Gruppe 1 c der preußischen Besoldungsordnung, war also plötzlich im Gehalt mit einem Regierungsdirektor gleichgestellt. Wenn allerdings ein Bürgermeister einer Landgemeinde mit industriellem Einschlag das Gehalt eines Regierungspräsidenten bezieht, ein

anderer Bürgermeister einer reinen Landgemeinde nach Gruppe 1 a (12 600 RM) eingestuft ist und man wohl kaum einen Bürgermeister findet, der unter Gruppe 2 b sein Amt verzieht, braucht das Finanzelend bei den Kommunen nicht allzu wunder zu nehmen. Daß es daneben noch sog. Verwaltungsdirektoren mit Gruppe 2 b (Besoldungsstufe für Regierungsräte) und ähnliche Stellen gibt, ist wohl nicht besonders zu betonen.

Aber nicht allein die höhere Eingruppierung der Kommunalbeamten ist zu beanstanden, sondern auch die vielfach noch gewährten Stellenzulagen bei den einzelnen Gruppen, die die preußische Besoldungsordnung in der Höhe, wie sie die Kommunen gewähren, überhaupt nicht kennt. Wie die Stellenzulagen ungleichmäßig zuerkannt sind, beweist der Umstand, daß bei der schon erwähnten Regierung des Westens von 100 Beamten der Gruppe 4 b nur 5 Beamte eine Stellenzulage von 500 RM und 3 Beamte von 300 RM erhalten, während bei einer großen Kommunalverwaltung von 260 Beamten der Gruppe 4 b 160 Beamte Stellenzulagen von 300 bis 1 200 RM erhalten, obwohl nach der preußischen Besoldungsordnung nur Stellenzulagen von 300, 500 und 700 RM vorgesehen sind.

Die Auswüchse in der kommunalen Besoldung sind in erster Linie auf die zentralistische Reglementierung der Steuergesetzgebung zurückzuführen; die Gemeinden hatten also an einem Sparjamkeitsprinzip kein Interesse mehr.

Wenn es nicht zu verstehen ist, daß die staatlichen Kommunalaufsichtsbehörden solche unbilligen Besoldungsordnungen überhaupt genehmigen konnten, so muß doch jetzt auf Grund des neuen Gesetzes vom 24. März 1931 mit aller Schärfe dagegen angegangen werden. Nach den bisherigen Erfahrungen ist man allerdings gesetzlichen Vorschriften, die eine Angleichung der Kommunalbeamten-Gehälter an die der Staatsbeamten bezwecken, gegenüber etwas skeptisch geworden, aber der Inhalt des neuen Gesetzes läßt doch erwarten, daß die Besoldungsverhältnisse bei den Kommunen jetzt doch schärfer auf ihre Berechtigung hin geprüft werden. Nach Artikel 6 § 2 des neuen Gesetzes vom 24. März 1931 ist neben den staatlichen Aufsichts- und Beschlußbehörden jetzt ein Schiedsgericht beim Oberverwaltungsgericht eingesetzt worden. Daß die von den Ministern des Innern und der Finanzen noch zu erlassenden Ausführungsvorschriften zu dem Gesetz strikte Richtlinien enthalten, ist nur zu wünschen, damit die unangemessenen hohen Gehälter auf das richtige Maß zurückgeschraubt werden und endlich einmal auch mit der schweren Ungerechtigkeit ausgeräumt wird, daß die wirtschaftenden Kreise im Volke als Ausbeutungsobjekt der Verwaltungen angesehen werden.

Die Städte seufzen alle unter großer Not. Aber keine hat den Mut, energisch die Verwaltungsausgaben abzubauen. Statt dessen kürzt man lieber den Menschen, die sich in der Wohlfahrtsunterstützung befinden, die an sich schon large Unterstützung. Leipzig machte den Anfang, Dortmund folgte. Beides Städte mit stärkstem sozialistischem Einschlag. Die Städte scheinen wirklich nicht zu wissen, welche Explosivstoffe sie damit aufhäufen. Das alles aber scheint im Rahmen der Politik der deutschen Städte der letzten zehn Jahre zu liegen, nämlich über dem Angenehmen manches Notwendige weniger zu beachten. Wirtschaft und breiteste Arbeitsschichten sind wirklich nicht dafür da, nur einem überbelegten und überhöhten Verwaltungsapparat gute Lebensmöglichkeiten zu geben.

Fl.

Spart! Auch bei der Verwaltung der Sozialversicherung!

Allgemeine Parole ist jetzt Sparen. Das ist gut und man hätte wünschen mögen, daß dieses längst eher der Fall gewesen wäre. Nun da man allgemein diese Parole als richtig erkannt hat, zeigt sich allgemach die betäubliche Tatsache, daß man zunächst bei dem Einkommen der untersten Schichten des Volkes zu sparen anfängt. Ein beliebtes Objekt, der Sparjamkeit eine Gasse zu bahnen ist die Sozialversicherung. Durch Notverordnung wurde Mitte vorigen Jahres die Krankenver-

sicherung „reformiert“, d. h. es trat ein Abbau der Leistungen ein. Keinerdings haben die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, der Reichsverband der deutschen land- und forstwirtschaftlichen Arbeitgebervereinigungen und der Reichsverband des deutschen Handwerks dem Reichsarbeitsminister in einer Denkschrift betreffend Vorschläge für eine Abänderung der Unfallversicherung unterbreitet. Der Endeffekt dieser Denkschrift ist ein Abbau der Leistungen der Unfallversicherung. Allen Ernstes werden Auffassungen vertreten, die Invaliden-

renten, die heute im Durchschnitt vielleicht 35 bis 40 RM betragen, allgemein um 6 bis 7 Prozent (analog der Lohnsenkung) abzubauen. Immer und immer wieder soll der Arbeiter und Angestellte der Lasttragende sein. Wir sind wahrhaftig nicht gegen gesunde Reformen; das, was wir aber jetzt sehen, hat manchmal mit einem gesunden Reformgedanken schon nichts mehr zu tun.

In dem Artikel „Städtenot und Beamtengehälter“, in dieser Nummer, wird nachgewiesen, daß die Gehälter der Kommunalbeamten die der gleichstellenden Staatsbeamten weit übersteigen. Da, wo an das Gemeinschaftsgefühl dieser Leute appelliert wurde (siehe Verbandsorgan Nr. 13, „Die andere Seite der Medaille.“), zeigte man die kalte Schulter. Wir begrüßen es, daß hier nun endlich auch einmal reformiert wird. Nur soll man nicht auf halbem Wege stehen bleiben und vor den „wohlerworbenen Rechten“ Halt machen.

Auch in der Verwaltung der Sozialversicherung läßt sich sparen, und man fände hier ein besseres Objekt als beim Abbau der Leistungen. Die Verwaltungskosten sind im Vergleich zum Gesamtetat der Sozialversicherung nicht hoch. Gewiß, sie betragen bei den Krankenkassen zwischen 6 und 7% der Gesamtausgaben. Aber man sage nicht, daß hier eine Ersparnis nicht möglich ist. Die Verwaltungskosten bei den reichsgesetzlichen Krankenkassen einschließlich der Seeskrankenkasse betragen:

Jahr	Gesamtsumme in 1000 RM	pro Mitglied RM	v. S. der Gesamtausgaben
1924	67 636	3,72	7,2
1925	85 311	4,48	6,7
1926	91 896	4,80	6,9
1927	103 200	5,17	6,5
1928	123 688	5,99	6,6
1929	130 188	6,21	6,5

Die Verwaltungskosten haben sich von 1924 bis 1929 fast verdoppelt und stiegen von 3,72 RM auf 6,21 RM pro Mitglied und Jahr. Der Einwand, daß der prozentuale Anteil der Verwaltungskosten an den Gesamtausgaben um einige zehntel Prozent gesunken ist, will dagegen gar nichts besagen. Der größte Teil der Verwaltungskosten fällt auf Personalkosten. Die Gehaltslage ist der der Staats- bzw. Reichsbeamten angepasst. Ob das die einzig richtige Lösung ist, darüber kann man geteilter Meinung sein. Wir sind der Meinung, daß die Tätigkeit und auch die Verantwortlichkeit sehr oft mit der der Staats- und Reichsbeamten der gleichen Gehaltsstufe nicht auf gleicher Höhe steht.

Die Befoldung der Geschäftsführer der Krankenkassen gestaltet sich wie folgt. Als Beispiel dient jeweils ein solcher, verheiratet mit 2 Kindern in einer Stadt der Ortsklasse A.

Mitgliederzahl d. Kasse	Grundgehalt	Wohnungsgeldzuschuß	Kinder-geld	Gesamt-bezüge	n. Dienst-fahren
17 bis 25 000 A	4 800	1 008	480	6 288	
E	7 800	1 368	480	9 648	16
Überleitungsabteilung					
A	5 600	1 008	480	7 088	
E	7 800	1 368	480	9 648	12
25 bis 40 000 A	4 800	1 008	480	6 288	
E	8 400	1 368	480	10 248	20
Überleitungsabteilung					
A	5 600	1 008	480	7 088	
E	8 400	1 368	480	10 248	16
40 bis 60 000 A	5 400	1 368	480	7 248	
E	9 100	1 368	480	10 948	14
Überleitungsabteilung					
A	6 600	1 368	480	8 448	
E	9 100	1 368	480	10 948	10
60 bis 80 000 A	7 000	1 368	480	8 848	
E	9 700	1 368	480	11 548	12
über 80 000 A	8 400	1 368	480	10 248	
E	12 600	1 728	480	14 808	8

(A ist Anfangsgehalt — E ist Endgehalt.)

Der ständige Stellvertreter des Geschäftsführers ist in der Regel um eine Gruppe niedriger eingestuft als der Geschäftsführer.

In den Kassen kommt im Durchschnitt auf je 1000 Mitglieder ein Beamter bzw. Angestellter. Auch hier sollte man ruhig einmal reformieren und für eine richtige Einstufung Sorge tragen. Gerade in der Sozialversicherung sollte man daran denken, daß es schwerverdienendes Geld ist, was an Beiträgen seitens der Versicherten von dem oft largen Lohn gezahlt wird. Hier wäre auch ein dankbares Feld für unsere Versichertenvertreter in den Organen der Krankenkassen, einmal nach dem Rechten zu sehen. Allerdings sollten auch die Aufsichtsbehörden manchmal weniger freigebig sein, und in jedem Falle, wo von den Kassen Änderungen der Stellenpläne und Besoldungseingruppierungen zur Genehmigung vorgelegt werden, scharf die Berechtigung und Notwendigkeit solcher Änderungen nachprüfen.

Auch auf dem Gebiete der sachlichen Verwaltungskosten ließe sich noch manches sparen. Durch die Notverordnung von Mitte 1930 ist hier schon eingegriffen und eine schärfere Kontrolle eingeführt. Wir wollen hoffen, daß die getroffenen Maßnahmen einen vollen Erfolg haben.

Eine erhebliche Steigerung der Verwaltungskosten zeigt sich auch bei der Invalidenversicherung. Hierfür wurden aufgewandt:

Jahr	Gesamtbeitrag in 1000 RM	in v. S. der Beitragseinnahmen	in v. S. der Gef.-Ausgaben
1913	24 400	8,4	—
1924	24 171	6,7	8,1
1925	32 974	6,0	7,1
1926	37 600	5,7	6,1
1927	43 413	5,0	6,1
1928	52 203	4,9	6,5
1929	55 000	5,0	5,9

Auch hier ist fast eine Verdoppelung der Verwaltungskosten eingetreten. Sie stiegen von 24,2 Millionen RM im Jahre 1924 auf rund 55 Millionen RM im Jahre 1929. Der Rückgang in vom Hundert zu den Gesamtausgaben erklärt sich dadurch, daß die Rentensummen durch die gesetzlichen Bestimmungen der letzten Jahre erhöht worden sind.

Wenden wir uns nun kurz der Unfallversicherung zu. Auch hier sind die Verwaltungskosten im Laufe des letzten Jahres weiterhin gestiegen. Sie betragen

Verwaltungskosten	41 374 698,63 RM
Verfahrenskosten	14 013 794,24 RM
	<u>55 388 492,87 RM</u>

Bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften haben sich die persönlichen und sachlichen Verwaltungskosten folgendermaßen gesteigert. Sie betragen

	1913	1927	1928	1929
Auf einen Versicherten	1,34	2,25	2,50	2,55
Auf einen Vollarbeiter	1,50	2,53	2,80	2,88
Auf pro gemeldeten Unfall	24,44	25,37	26,97	27,77

Folgende Aufstellung gibt einen Überblick über die Entwicklung der persönlichen Verwaltungskosten sowohl bei den gewerblichen wie auch bei den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften.

	1913 RM	1928 RM	1929 RM
Kosten für Mitglieder des Genossenschaftsvorstandes und der Sektionsvorstände	7 256,—	6 268,—	6 259,—
Kosten, Vergütungen, Reisekosten, Tagegelder, Auslagenjah an die ehrenamtl. Organe der Genossenschaften und Sektionen	1 121 001,53	1 324 864,59	1 349 198,23
Kosten für Geschäftsführer, Büro-, Kassen-, Kanzlei- u. Unterbeamte	4 929,—	5 748,—	5 967,—
Gehälter, Reisekosten, Tagegelder usw., Beiträge für die Sozialversicherung der Angestellten	11 699 405,82	25 455 119,91	26 555 210,90
Ruhegehälter und Unterstützung für ausgeschiedene Angestellte usw. und deren Hinterbliebene	386 286,19	3 203 243,91	3 245 728,41
	<u>13 218 878,54</u>	<u>29 995 244,41</u>	<u>31 162 373,54</u>

Sinzu kommen noch die Kosten für die Zweiganstalten und Ausführungsbehörden, die oben nicht mit aufgeführt sind. Die Steigerung ist beträchtlich.

In der Knappschaftl. Pensionsversicherung sind 1929 folgende Verwaltungskosten entstanden.

- a) Pensionsversicherung der Arbeiter 7 691 000 RM
b) Pensionsversicherung der Angestellten . . 1 234 000 RM

Im gleichen Zeitraum gibt die Angestelltenversicherung 12 087 000 RM für Verwaltungskosten aus.

Rechnen wir diese Summen zusammen, so ergibt sich, daß bei den Krankenkassen (ohne Ersparnisse), Unfallversicherung, Invalidenversicherung, Knappschaftl. Pensionsversicherung und Angestelltenversicherung im Jahre 1929 nicht weniger als 261 617 000 RM ausgegeben wurden. Bei einer Gesamteinahme aller Zweige der Sozialversicherung, mit Ausnahme der

Arbeitslosenversicherung, in Höhe von rund 4,5 Milliarden RM und einer Gesamtausgabe von 3,7 Milliarden RM ist 261 Millionen RM an Verwaltungskosten eine erhebliche Summe. Ehe man einem weiteren Abbau der Leistungen das Wort redet, sollte man zuerst einmal nach der Verwaltungsseite hin mit Reformen einsehen. Wir fordern energische Einsparungen. Der in mancher Beziehung komplizierte Verwaltungsapparat ist weiterhin zu vereinfachen, damit schneller und sparsamer gearbeitet werden kann. Notwendig und wünschenswert ist auch ein besseres Hand-in-Handarbeiten aller Zweige der Sozialversicherungen miteinander. Wir erwarten von den gesetzgebenden Instanzen Ablehnung aller Bestrebungen, die auf weitere Unterminierung der Sozialversicherung hinauslaufen, und ferner, daß, so wie in den städtischen Verwaltungen, auch in der Sozialversicherung nach dem Rechten gesehen wird. Pg.

Arbeitslosenversicherung in den verschiedenen Ländern

Seit etwa zwei Jahren steht in Deutschland im Mittelpunkt der sozialpolitischen Diskussion die Arbeitslosenversicherung. Angesichts der in allen Ländern herrschenden starken Arbeitslosigkeit erscheint es angebracht, einmal zu untersuchen, inwieweit andere Staaten für die Versorgung ihrer unfreiwillig arbeitslosen Arbeitnehmer eingetreten sind.

Bei einem Vergleich zeigt sich zunächst, daß im Gegensatz zu anderen Zweigen der Sozialversicherung Deutschland bei der Einführung der Arbeitslosenversicherung nicht vorangegangen, sondern dem Beispiel seiner Nachbarn gefolgt ist. Als erster Staat setzte England im Jahre 1911 ein Arbeitslosenversicherungsgesetz in Kraft, das zunächst für einige Industriezweige galt. Vorher hatte schon eine Subventionierung privater bzw. gewerkschaftlicher Arbeitslosenklassen mit öffentlichen Mitteln stattgefunden, das sog. Genter System. Ähnliche Einrichtungen, die als Vorläufer nationaler Zwangsversicherungen zu

betrachten sind, bestanden seit 1905 in Frankreich, 1906 in Norwegen und 1907 in Dänemark.

Zur Zeit haben 18 Staaten in Europa (Belgien, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, England, Finnland, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Österreich, Polen, Rußland, Spanien, Schweiz und Tschechoslowakei) und zwei überseeische Länder (Mexiko und Queensland) freiwillige oder Zwangsversicherungen gegen Arbeitslosigkeit auf öffentlich-rechtlicher Grundlage eingeführt. Darunter sind Versicherungen zu verstehen, die vom Staate beaufsichtigt oder unterstützt werden, die unmittelbare Erleichterung der Arbeitslosigkeit bezwecken, in einigen Fällen die Zeit der unfreiwilligen Arbeitslosigkeit zur Umschulung der Arbeitnehmer benutzen oder öffentliche Arbeiten zur Beschäftigung brachliegender Arbeitskräfte organisieren. Stets ist der Arbeitslosenversicherung die Arbeitsvermittlung angeschlossen, da ja die Vermittlung von Arbeit das wirksamste Mittel gegen Arbeitslosigkeit ist. Vielfach ist die Arbeitsvermittlung die Keimzelle der Versicherung gewesen.

Zwangsversicherungen bestehen in 11 Staaten, darunter Deutschland, England, Italien, Rußland und Polen. Das gleiche System haben Mexiko und Queensland. In Frankreich beschränkt das im vorigen Jahre erlassene Sozialversicherungsgesetz die Arbeitslosenhilfe auf die Beitragszahlung zu den übrigen staatlichen Versicherungszweigen. Das Schwergewicht liegt also dort nach wie vor auf der freiwilligen Versicherung. Die freiwillige Versicherung besteht ferner in den drei skandinavischen Staaten, den Niederlanden, der Schweiz, Belgien und Spanien. Nach einer neueren Veröffentlichung des Internationalen Arbeitsamtes sind von den Zwangsversicherungs-Systemen rund 45 Millionen Arbeitnehmer erfaßt; freiwillig gegen Arbeitslosigkeit versichert sind nur etwa 2,8 Millionen.

Je nach der wirtschaftlichen Struktur der einzelnen Länder ist der Kreis der Versicherten verschieden. Am weitesten ist er in Deutschland gezogen. Anderwärts sind häufig Land- und Forstarbeiter, Hausgehilfen usw. von der Versicherung ausgeschlossen. Ferner ist die Versicherung nach der Höhe des Verdienstes und dem jugendlichen Alter begrenzt.

Ein buntes Bild zeigen die verschiedenen Arten der Mittelaufringung. Bei den Zwangsversicherungen sehen die Gesetze Beitragsteile und Zuschüsse der versicherten Arbeitnehmer, der Arbeitgeber und des Staates in folgender Höhe vor: Deutschland Arbeitgeber und Arbeitnehmer je die Hälfte, Staat den Sechstelbeitrag; England Arbeitnehmer, Arbeitgeber und Staat je $\frac{1}{3}$, ebenso in Queensland, Irland und Bulgarien; Polen Arbeitnehmer $\frac{1}{6}$, Arbeitgeber $\frac{1}{2}$, Staat $\frac{1}{3}$; Oesterreich Arbeitnehmer $\frac{2}{3}$, Arbeitgeber $\frac{1}{3}$, Staat trägt die Verwaltungskosten. In Rußland übernimmt der Staat sämtliche Kosten. Im übrigen dürften sich die Verhältnisse in den letzten Jahren fast überall so entwickelt haben, daß der Staat heute mehr aufzubringen hat, als bei Schaffung der

„Deutschland den Deutschen“

Im Aufsichtsrat der ferndeutschen, fernnationalen und hochpatriotischen Filmgesellschaft Ufa des Herrn Eugenberg sind eine Reihe prominenter jüdischer Aufsichtsräte.



„Meine Herren! Wegen des Geschreis „Juda verrede!“ lassen Sie sich keine grauen Haare wachsen. Sie wissen, daß die Waage so was haben muß. Aber wir können Sie doch nicht entbehren. Wir haben Sie für unsere Aufsichtsräte dringend notwendig.“

Einrichtungen beabsichtigt war. Zu den freiwilligen Versicherungen zahlen die Arbeitgeber keine Beiträge; der Anteil des Staates an den erforderlichen Mitteln schwankt zwischen einem und zwei Dritteln. Oft läßt sich der Staat einen Teil seiner Zuschüsse von den Kommunen zurückerstatten.

Der Beitrag des einzelnen Arbeitnehmers zur Zwangsversicherung ist entweder einheitlich in einem festen Satz festgelegt, wie z. B. in England, Irland, Queensland und Bulgarien, oder er ist, wie in Deutschland, Oesterreich, Italien und Polen, nach der Lohnhöhe gestaffelt. Den letzteren Weg haben auch die Erzkassen in ihrer Mehrzahl beschritten. Das Verhältnis des Beitrages zum Lohn ist nur schwer zu ermitteln. Die Länder mit der stärksten Arbeitslosigkeit, Deutschland und England, erheben 6 1/2 bzw. 5 1/2 % des Lohnes als Beitrag zur Arbeitslosenversicherung. Man kann also wohl annehmen, daß anderwärts die Sätze niedriger sein werden.

Voraussetzung der Leistungsgewährung ist fast stets, daß eine bestimmte Anzahl von Beiträgen entrichtet worden ist. Eine weitere Voraussetzung ist hin und wieder, daß die Beiträge während eines bestimmten Zeitraumes gezahlt worden sind. Die verlangte sog. Anwartschaftszeit schwankt zwischen 20 Wochen (Polen) und 52 Wochen (Deutschland). In England war vorgeschrieben, daß irgendwann 30 Wochenbeiträge gezahlt sein mußten. Die starke Arbeitslosigkeit hat dazu geführt, daß man heute selbst auf diese bescheidene Bedingung verzichtet. In der Regel werden die Unterstühtungen nicht vom Tage der Arbeitslosmeldung an gezahlt, sondern es ist eine Wartezeit von 8 bis 14 Tagen eingeschaltet.

Bei der Festsetzung der Unterstühtungshöhe werden überall, Italien ausgenommen, die Familienverhältnisse des Arbeitslosen berücksichtigt. Am gebräuchlichsten ist die Zahlung von Frauen- und Kinderzuschlägen. Einige Staaten, z. B. die Niederlande und Queensland, kennen ein System von Ortsklassen mit verschieden hohen Unterstühtungen. Der Versicherungsgedanke im Gegensatz zur Versorgung ist bei den Zwangsversicherungen einiger europäischer Staaten, darunter Deutschland und Oesterreich, insofern besonders stark ausgeprägt, als die Unterstühtungssätze der Lohnhöhe und damit auch den gezahlten Beiträgen angepaßt sind. Andere Kassen nehmen darauf keine Rücksicht, sondern gewähren einen festen Satz für die verschiedenen Arbeitnehmergruppen. England z. B. kennt nur Abstufungen für Frauen und Jugendliche. Die freiwilligen Kassen wieder berücksichtigen gern die der Arbeitslosigkeit vorangegangene Beitragszeit. Rußland hat alle Arbeitnehmer

nach Beschäftigung, Lohnhöhe und Wohnort in drei Klassen eingeteilt, nach denen die Leistungen gestaffelt sind. Gewerkschaftlich organisierte Arbeiter werden bevorzugt.

Nirgends erreicht die Höhe der Arbeitslosenunterstühtung den vollen Arbeitsentgelt. Sie schwankt zwischen 30 % (Polen) und 80 % des Lohnes (Oesterreich). In den meisten Staaten belaufen sich die Sätze auf 1/2 bis 2/3 des Lohnes, in Deutschland liegen sie zwischen 35 und 75 % des Arbeitsentgelts.

Nächst der Unterstühtungshöhe ist die Dauer der Zahlung wichtig. Auch hier bestehen große Verschiedenheiten. Die kürzeste Periode beträgt 60 Tage (Niederlande), die längste 9 Monate (Rußland). In der Mehrzahl der Fälle werden Unterstühtungen für 3 bis 6 Monate gewährt. Die meisten Zwangsversicherungen und einige freiwillige Kassen sehen für Krisenzeiten eine längere Dauer der Unterstühtungszahlung vor. Vielfach werden dann aber niedrigere Sätze gewährt. In England wurden früher Unterstühtungen für die Dauer von 26 Wochen gezahlt, ebenso wie heute noch in Deutschland, später hat man dort diese Begrenzung ganz fallen gelassen.

Wesentliche Arbeiten zur Behebung der Arbeitslosigkeit, also Notstandsarbeiten oder produktive Erwerbslosenfürsorge, kennt man neben Deutschland in Oesterreich, Bulgarien, Rußland und der Tschechoslowakei. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika haben zwar keine Arbeitslosenversicherung, tun aber gerade auf dem Gebiete der öffentlichen Arbeiten sehr viel zur Beschäftigung Arbeitsloser.

Kurzarbeiterunterstühtung wird, soweit Unterlagen darüber vorhanden sind, außer in Deutschland noch in der Schweiz gewährt. Schulungsveranstaltungen werden von den staatlichen Zwangsversicherungen Deutschlands, Englands und Italiens durchgeführt.

Die Träger der Zwangs-Arbeitslosenversicherung sind meist staatliche Versicherungsklassen. Die freiwilligen Versicherungseinrichtungen werden von Vereinen und namentlich von Berufsverbänden verwaltet. Einerseits beeinflußt der Staat die freiwilligen Versicherungseinrichtungen und gewährt ihnen Zuschüsse, wie auch andererseits die beteiligten Arbeitgeber und Arbeitnehmer die staatlichen Versicherungseinrichtungen mitverwalten. Die Gemeinden geben teils freiwillig, teils gesetzlich Zuschüsse zu manchen Versicherungseinrichtungen und üben in erheblichem Maße die Aufsicht aus. Die freiwilligen Arbeitslosenversicherungen sind meist auf beruflicher, die Zwangsversicherungen in der Regel auf bezirklicher Grundlage errichtet. H. B.

Schwedenerze und Deutsche Eisengroßindustrie

Das Kapitel der Schwedenerze ist eines der undurchsichtigsten in der deutschen Montanindustrie. Sicher aber ist es eine der größten Belastungen, die auf ihr ruht. Nach mehr als einer Seite scheint sich die deutsche Schwerindustrie festgefahren zu haben, worunter nicht zuletzt die Ueberfinanzierung und auch die langfristigen Verträge mit Schweden eine bedeutende Rolle spielen. Mit freundlicher Erlaubnis entnehmen wir dem „Magazin der Wirtschaft“ Nr. 14 (1. April 1931) den nachstehenden über das Verhältnis der deutschen Montanindustrie zu den Schwedenverträgen gut orientierenden Artikel. (Die Red.)



Der schwedische Erzbergbau ist nächst dem französischen der wichtigste Erzlieferant der europäischen Eisenindustrien. Nur ein kleiner Teil der Förderung wird in Schweden selbst verhüttet. Die Ausfuhr geht größtenteils nach Deutschland. Der Grängesberg-Konzern, der das abgelaufene Geschäftsjahr mit einem Reingewinn von 20,41 Mill. Kr. (= rund 17 % des Aktienkapitals) abschloß, stellt den Hauptteil des schwedischen Erzverfands:

(1000 Tonnen)	1913	1927	1929	1930
Schwedische Erzgewinnung	7 476	9 661	11 462	—
Schwedische Erzausfuhr	6 440	10 716	10 900	9 460
davon nach Deutschland	4 977	8 222	7 955	7 000
Ausfuhr von Grängesberg	—	9 689	9 546	7 950

Die deutsche Eisenindustrie, die im Jahre 1929 73 %, im Jahre 1930 etwa 74 % der schwedischen Erzausfuhr verarbeitete, trägt also in entsprechendem Ausmaß zu den Gewinnen des Grängesberg-Trusts bei. Die Schweden liefern die Erze nach Deutschland größtenteils auf Grund von langfristigen Kontrakten. Als 1928/29 diese Kontrakte verlängert werden sollten, befürchtete die deutsche Eisenindustrie eine Gefährdung ihrer Erzversorgung durch das steigende Interesse insbesondere der britischen Eisenindustrie für Schwedenerz. Nach Großbritannien gingen (in Prozent der gesamten schwedischen Erzverschiebungen) 1925: 7,7 %, 1927: 9,0 %, 1929: 9,9 %. In dem 1927 vom Enquête-Ausschuß erstatteten Gutachten hatte die deutsche Eisenindustrie bereits „das dringende Bedürfnis, den früheren Zustand der langfristigen Deckung wiederherzustellen“, bekundet.

Die langfristigen Verträge sind dann zustande gekommen und laufen bis 1942, ihre Preise sind höher als die zuvor gültigen. Das Rennen auf die europäischen, insbesondere schwedischen Erzvorräte, das die deutsche Eisenindustrie damals befürchtete, hat jedoch nicht eingesetzt. Infolge des allgemeinen Produktionsrückgangs ist die deutsche Eisenindustrie vielmehr jetzt sogar außerstande, ihre Abnahmeverpflichtungen zu erfüllen. Bisher konnte nur eine Verschlebung der Lieferungen auf spä-

tere Zeit erreicht werden. Wie hoch die absoluten Preise dieser langfristigen Verträge sind, ist bisher nirgends mitgeteilt worden. Sie müssen jedoch weit über den schwedischen Produktionskosten liegen, denn der Grängesberg-Trust ist seit Jahren eines der bestrentierenden internationalen Großunternehmen. Noch im letzten Geschäftsjahr, das für die Muttergesellschaft am 31. Dezember, für die größte Tochtergesellschaft des Konzerns, die Luossavaara-Kiirunavaara AB, am 30. September abschloß, war der Reingewinn höher als im Vorjahr. Dabei ist zu berücksichtigen, daß es sich nur um den ausgewiesenen Reingewinn nach Abzug aller Abschreibungen usw. handelt.

Die außerordentlich günstige Geschäftslage des Grängesberg-Trusts in den letzten Jahren steht in scharfem Gegensatz zu der schon lange währenden Rentabilitätskrise ihres wichtigsten Abnehmers, der deutschen Eisenindustrie. Das bedenklichste an dieser Krise ist, daß sie eintrat, obwohl die Eisen schaffende Industrie in Gestalt der Preisdifferenz zwischen Inlandspreis und Weltmarktpreis der deutschen Wirtschaft eine „Eisensteuer“ von beträchtlicher Höhe auferlegt. Es ist gewiß kein Trost, daß die Eisenindustrie einen erheblichen Teil ihrer Gewinne nicht selbst behält, sondern an den schwedischen Erzbergbau abführt. Von der Größenordnung dieser Beträge kann man un schwer eine Vorstellung gewinnen. Der Grängesberg-Trust hat ein Aktienkapital von 119 Millionen Kr. Wenn sich dieses mit einer Dividende von 6% verzinst, die für ein Land wie Schweden mit einem Landeszinssfuß von 3,5% gewiß nicht schlecht ist, dann wären hierzu 7,14 Mill. Kr. = 8 Mill. RM erforderlich. Der tatsächliche Reingewinn betrug im Jahre 1930 20,41 Mill. Kr. = 23 Mill. RM. Diese 23 Millionen minus 8 Millionen, d. h. also 15 Millionen RM stellen die untere Grenze der „Schwedensteuer“ dar, das heißt desjenigen Betrages, der von der „Eisensteuer“ an Schweden jährlich abgeführt wird. Unternehmungen, die, wie der Grängesberg-Trust, in der glücklichen Lage sind, innerhalb von sechs Jahren als Dividende den Betrag ihres Kapitals auszuschütten, pflegen jedoch in Form von Abschreibungen, Schuldentilgungen, Ansammlung stiller Reserven usw. erheblich mehr zu verdienen, als sie bilanzmäßig ausweisen.

Um die obere Grenze der deutschen Belastung durch die Schweden zu bezeichnen, sei der wirkliche Reingewinn in doppelter Höhe des tatsächlichen angenommen. Dann ergeben sich 46 Millionen minus 8 Millionen, d. h. 38 Millionen RM „Schwedensteuer“. Legt man die 15 Millionen bzw. 38 Mill.

Der Kampf um unser Recht

kann nur gewonnen werden durch stärkste Kraftentfaltung und Werbetätigkeit jedes einzelnen Kollegen.

Nutzt die Frühjahrsagitation gut aus!

RM Schwedensteuer auf den Jahresversand von Grängesberg von Oktober 1929 bis September 1930 um (8,91 Millionen Tonnen), so entfallen auf die Tonne Erz rund 1,70 bzw. 4,30 RM. Da zur Herstellung von 1 Tonne Thomasroheisen, wenn dieses ausschließlich aus Schwedenerzen erblasen würde, etwa 1,8—2 Tonnen Erzeinsatz benötigt werden, entfällt auf die Tonne deutschen Roheisens ein Anteil an der Schwedensteuer von rund 3,20 RM bzw. 8 RM, oder von rund 4,50 RM bzw. 11 RM je Tonne daraus hergestellten Thomasstabeisens. Es handelt sich also um Beträge, die sehr zu Buch schlagen. Dabei muß freilich berücksichtigt werden, daß Schweden nicht der einzige deutsche Erzlieferant ist, und daß nicht allein die schwedischen Erzpreise die deutschen Eisenpreise verteuern.

Um den Produktionsumfang der deutschen Eisenindustrie in der bisherigen Höhe aufrechtzuerhalten, muß außer den Schweden eine große Zahl anderer Lieferanten herangezogen werden, die auch nicht annähernd so hohe Gewinne erzielen wie die Schweden. Deren nur wenig über Selbstkostenstand liegende Preise werden stets den Preis für die Einheit Fe(-Eisen) festhalten. Ihnen gegenüber beziehen die Schweden eine Differenzialrente. Will die deutsche Eisenindustrie die Roheisenhütten, die sie nach dem Verlust der lothringischen Hütten im Ruhrgebiet wieder aufgebaut hat, rein mengenmäßig ausreichend mit Erz versorgen, dann muß sie so teure Erzlieferanten hinzuziehen, daß sich, wie vor einiger Zeit in der „Deutschen Bergwerks-Zeitung“ ausgeführt wurde, die Erzkosten je Tonne Stabeisen insgesamt um etwa 35 RM gegenüber dem Bezug aus Lothringen verteuern. Die Verwendung so teurer ausländischer Rohstoffe ist der deutschen Eisenindustrie dadurch möglich, daß sie ihre Mehrkosten für das Erz über die hohen Inlandseisenpreise auf den deutschen Verbrauch abwälzt.

Der Roman der Mumie

Theophil Gautier

XXIII

Da Moses einjah, daß er das Herz des Pharaos nicht würde erweichen können und daß er, wenn er weiter in ihn dränge, seinen Zorn herausforderte, zog er sich schweigend zurück, gefolgt von dem betroffenen Aton.

„Ich habe nach der Weisung des ewigen Gottes gehandelt“, sagte Moses zu seinem Gefährten, als sie vor dem Eingang standen, „doch Pharaos ist störrisch geblieben bei meinen Worten, nicht anders, als wenn ich gesprochen hätte zu den Granitfiguren am Palasttor, oder zu den Säulen mit Sande-, Affen- und Sperberkopfen, die von den Priestern in den Heiligtümern berührt werden. Was werden wir dem Volk antworten, wenn es uns befragt nach dem Erfolg unserer Sendung?“

Pharaos fürchtete, die Hebräer könnten sich versucht fühlen, auf Moses' Anhalten das Joch abzuschütteln und bündelte ihnen noch schwerere Arbeitslasten auf, weigerte ihnen das zum Vermischen mit der Ziegelmasse notwendige Stroh. So zogen die Kinder Israels in ganz Ägypten umher und rissen die Stoppeln aus, flüchteten ihren Unterdrückten und beklagten ihr Schicksal, das, wie sie sagten, durch Moses Umtriebe noch verschlimmert worden sei.

Eines Tages wagten sich Moses und Aton nochmals in den Palast und forderten wiederum vom König, er solle die Hebräer ansprechen lassen, um in der Wüste dem Höchsten ein Opfer darzubringen.

„Der beweist mir“, erwiderte Pharaos, „daß wirklich der Höchste auch zu mir aufsteht, um mir diese Wohlthat zu sagen, und daß ihr nicht, wie es mir vorkommen will, arglistige Betrüger seid!“

Aton warf seinen Stab vor den König hin, das Holz begann, sich zu winden und zu krümmen, Kopf und Schwanz zu zucken, sich aufzurichten und mit ruckeligen Schritten vor sich zu gehen. Der Stab war zur Schlange geworden. Sie ringelte sich über die Steinplatten, blähte den Hals und schickte die gespaltene Zunge aus dem Rachen, rüllte rote Augen und schien das ihr bestimmte Opfer zu suchen.

Würdenträger und Diener, die den Thron umdrängten, standen unbeweglich beim Anblick des Wunders. Die Tapfersten zogen das Schwert halb aus der Scheide. Aber Pharaos war nicht im geringsten beeindruckt; verächtliches Lächeln kräuselte seine Lippen, er sagte:

„Wenn ihr nicht mehr könnt als das, ist's nicht viel. Dies Wunder ist mäßig, das Gaukelspiel grob. Man rufe meine Weisen, Magier und Schriftgelehrten.“

Sie kamen; geheimnisvoll und ehrwürdig sahen sie aus, ihre Schädel waren rasiert, sie trugen Zymbioschuhe an den Füßen, hüllten sich in wallende Sinnengewänder und hielten hieroglyphenberühmte Stäbe in der Hand. Wie Mumien gelb und vertrocknet waren sie vom vielen Forschen, Wachen, Sichelsteinen; Ermüdungen, die Folge von Inflationen, saßen sich aus ihren Mägen, in denen einzig die Augen noch zu leben schienen.

Sie stellten sich in einer Reihe vor dem Thron des Pharaos auf, ohne die zischende zuckende Schlange auch nur zu beachten.

„Demütigt ihr“, sprach der König, „euere Stäbe in Schlangen zu verwandeln, wie es Aton tat!“

„O König, hast du uns wegen dieses Kinderspieles hergerufen aus den tiefen geheimen Kammern, wo wir unter gestirnten Wölbungen beim Schein der Lampen Träume spinnen, uns über unentzifferbare Aufzeichnungen bengen, vor Stelen knien, die mit rätselhaften, tief sinnigen Hieroglyphen beschriftet sind? Wir erlauschen die Geheimnisse der Natur, errechnen die Macht der Zahlen, strecken bebende Hand aus nach den Schleierjähren der großen Isis! Gestatte, daß wir uns wieder zurückziehen, denn das Leben ist kurz, kaum ist dem Weisen genügend Zeit belassen, anderem Weisen den von ihm entdeckten Spruch zu übermachen; laß uns unsere Arbeit wieder aufnehmen; der erstbeste Gaukler, Schlangebeschwörer der die Klüte tönen läßt auf Märkten, verfügt über genügendes Wissen, um dein Begehren zu erfüllen.“

„Ennana, tue, was ich gebot“, befahl der Pharaos dem Oberhaupt der Zeichendeuter und Magier.

Der alte Ennana wendete sich den Weisen zu, die aufrecht, reglos standen, und deren Geist schon wieder in tiefe Betrachtungen versunken war.

„Werft eure Stäbe zu Boden und sprecht ganz leise das Zauberwort.“

Verbandsgebiet

Generalversammlung der Ortsverwaltung Berlin 2

Vor kurzem fand die diesjährige gutbesuchte Generalversammlung unserer Ortsverwaltung statt. Aus dem Geschäftsbericht, der von unserem Geschäftsführer Kollegen Duderer erstattet wurde, ist hervorzuheben, daß es uns auch im verflossenen Jahre trotz der immer schlechter werdenden Wirtschaftslage gelungen ist, unsere Mitgliederzahl um 40 Prozent zu steigern. Besonders ist dann im Geschäftsbericht die Tarifbewegung des letzten Jahres behandelt worden und dabei herausgestellt, daß es der jämmerlichen Taktik des DMD. zu danken ist, daß der Lohnabzug in der Berliner Metallindustrie 8 Prozent betragen hat, während sonst im Reich durchschnittlich nur 5 bis 6 Prozent abgezogen worden sind.

Durch unseren Mitgliederzuwachs ist auch die Zahl unserer Funktionäre erheblich gestiegen; wir haben eine Reihe Kurse für die letzteren veranstaltet, in denen volkswirtschaftliche, arbeits- und sozialrechtliche sowie grundsätzliche Themen behandelt wurden. In den Ortsgruppen und Sektionen blühte gewerkschaftliches Leben. Bei den Betriebsratwahlen gelang es uns, 10 Kollegen in die Betriebs- bzw. Arbeiterräte hineinzubringen.

Die Rechtschuchttätigkeit hat im Berichtsjahr stark zugenommen. Es sind insgesamt 556 Auskünfte erteilt, 388 Schriftsätze angefertigt und 78 Termine wahrgenommen worden. Der dadurch für unsere Mitglieder erzielte Gesamterfolg betrug 6 286,40 RM.

Der Hauptverwaltung wurde für die Gewährung der Weihnachtsunterstützung an unsere ausgesteuerten Kollegen besonderer Dank abgefragt. Auch die Ortsverwaltung hat durch Weihnachtsmarkenverkauf und Sammlungen rund 800 RM zusammengebracht, durch die unseren arbeitslosen Kollegen eine Weihnachtsfreude bereitet werden konnte. Der Geschäftsführer wies bei diesem Punkte auf den Opfergeist unserer schon längere Zeit kurzarbeitenden Kollegen hin. Dieser Opfergeist sei ein Beweis dafür, daß die Mitglieder, auch wenn es ihnen selbst nicht glänzend geht, doch wirkliche Tat- und Hilfsbereitschaft gegenüber ihren arbeitslosen Kollegen aufbringen.

Unsere Jugendgruppe hat die an sie geknüpften Hoffnungen leider nicht ganz erfüllt. Es ist aber zu hoffen, daß es im neuen Jahr auch bei unserer Jugend sicherlich vorangehen wird.

Besonders beachtlich ist die starke Zunahme der weiblichen Mitglieder im Berichtsjahr. Letztere Tatsache hat uns veranlaßt, eine Frauengruppe zu bilden. Unsere Kolleginnen regeln unter Oberleitung der Ortsverwaltung ihre Belange selber.

Zusammenfassend wurde gesagt, daß es der treuen und opferwilligen Mitarbeit unserer Funktionäre zu danken ist, daß wir trotz Wirtschaftskrise eine gute Mitgliederentwicklung hatten.

Zum Schluß des Geschäftsberichtes sprach der Geschäftsführer allen Mitarbeitern den Dank für die geleistete Mitarbeit aus und knüpfte

daran die Bitte, die Fahne des Christlichen Metallarbeiterverbandes auch im neuen Jahre weiter voranzutragen.

In der Aussprache, in der auch unser Bezirksleiter Kollege Krell, das Wort zu Ausführungen über die gegenwärtige wirtschaftliche Lage nahm, wurde eine Reihe von Agitationsmöglichkeiten besprochen. Besonders wurde auf den Ablauf des Lohntarifes in der Berliner Metallindustrie zum 30. Juni d. J. hingewiesen und zu verstärkter Mitgliederwerbung aufgefordert.

Die dann stattfindende Vorstandswahl erfolgte einstimmig. Letztere Tatsache zeugt von der Einigkeit und Geschlossenheit unserer Mitglieder. G. D.

In Emden gehts vorwärts

Obwohl die hiesige Ortsgruppe erst ein halbes Jahr besteht, hielten wir eine in allen Teilen gut gelungene Generalversammlung ab. Nachdem der Vorsitzende Kollege Crull den Bezirksleiter Kollegen P. Roersch aus Hamburg begrüßt hatte, wurde das Protokoll der letzten Versammlung verlesen. Danach erfolgte die Wahl des Vorstandes. Unter Punkt Verschiedenes wurden diverse örtliche Verbandsangelegenheiten besprochen. Es folgte dann ein Bericht des Kollegen Crull über die Gründung der hiesigen Ortsgruppe sowie über die Weiterentwicklung der Bewegung am Orte. Wir sind auf Grund der stetigen Entwicklung berechtigt, unserer Bewegung eine gute Zukunft zu prophezeien. Wir wollen nicht verkennen, daß die Schwierigkeiten hier wie überall nicht zu unterschätzen sind. Aber bei unserer gerechten Sache wollen wir nicht auf die Schwierigkeiten blicken, sondern auf die Not unseres Volkes, damit sie uns ein Ansporn wird zur restlosen Einsetzung aller Kräfte zum Wohle unseres Arbeiterstandes.

Kollege Roersch sprach zunächst der hiesigen Ortsgruppe seine und der Hauptverwaltung Grüße und Wünsche zu gedeihlicher Weiterentwicklung aus. In dem dann folgenden Referat wurden in anschaulicher sowie interessanter Weise die verschiedensten Vorgänge in unserem Volke und Wirtschaftsleben aufgezeigt. Besonders hervorgehoben wurde die Bedeutung der christlichen Gewerkschaften. Nachdem Referent noch darauf hingewiesen hatte, daß gerade Ostfriesland auf Grund seiner geschichtlichen Entwicklung sowie der weltanschaulichen Einstellung seiner Bevölkerung ein besonderer Boden für unsere Bewegung sein müßte, wurde im Schlußwort das Gebot der Nächstenliebe als Richtschnur für unser Handeln an die Spitze gestellt. In der darauf folgenden Aussprache zeigte sich deutlich, wie Redner und Hörer in ihren Gedankengängen eins waren. Die Ausführungen fanden ungeteilten Beifall und Zustimmung aller Teilnehmer. So Gott will, dürfen wir im nächsten Jahre an dieser Stelle wiederum nur Erfreuliches berichten. H. Crull.

Die Stäbe prallten zu gleicher Zeit mit trocken-hartem Geräusch auf den Boden, die Welfen richteten sich auf und standen wie Pfeilerfiguren in den Tempeln; sie verschmähten es sogar, den Blick niederwärts zu senken, um sich zu vergewissern, daß sich das Wunder vollzöge, so sicher waren sie der Macht ihrer Formel.

Und fetsam Schreckliches geschah: die Stäbe wanden sich wie grüne Zweige im Feuer; ihre Enden platteten sich ab zu Köpfen, spitzten sich zu Schwänzen; die einen blieben glatt, andere bedeckten sich mit Schuppen, je nach Art und Gattung. Das wimmelte, kroch, zischte, züngelte und schlang sich scheußlich ineinander. Da gab es Vipern, die auf flacher Stirne das Zeichen einer Lanzenspitze tragen, Hornschlangen mit dräuenden Auswüchsen, grünlich schleimige Wasserschlange, Rattern mit beweglichen Giftzähnen, gelbe Brillenschlangen, Blindschleichen oder Glas- schlangen, kurzmaulige Klapperschlangen von schwärzlicher Haut, die Schwanzknöchel tönen lassen; vor und zurückgleitend freisende Ring- schlangen, die einen Rachen aufreißen, der den Apistier hätte verschlingen können; Schlangen mit Augen, wie bei Eulen von Ringen umgeben; der Boden des Saales war bedeckt mit ihnen.

Tahoser, die an Pharaos Seite auf dem Throne saß, zog schreckensbleich die hübschen nackten Füße unter sich.

„Du siehst also,“ sprach Pharaos zu Moses, „das Wissen meiner Zeichen- deuter ist dem deinen gleich oder überlegen; ihre Stäbe haben sich wie Aarons Stab in Schlangen verwandelt. Befinne dich auf ein anderes Wunder, wenn du mich überzeugen willst.“

Moses streckte die Hand aus, und Aarons Schlange stürzte sich auf die vierundzwanzig Reptile. Der Kampf war nicht von langer Dauer; schnell fraß sie die scheußlichen Untiere, wirkliche oder Scheinschöpfung der ägyptischen Zauberer, in sich hinein; dann wurde sie wieder zum Stab.

Dies Begebnis schien Emma in Erstaunen zu setzen. Er legte den Kopf auf die Seite, dachte nach und sagte wie jemand, der seine Meinung ändert:

„Ich werde die Formel und das Zeichen entdecken. Ich habe anscheinend die vierte Hieroglyphe der fünften Längsreihe, die von Schlangenzauber handelt, falsch ausgelegt... O König! Benötigst du noch unser?“ jagte



dann laut das Haupt der Magier. „Ich habe es eilig, das Werk des Hermes Trismegistos weiter zu durchforschen, in dem andere Geheimnisse verzeichnet stehen als solcher Zeitvertreib.“

Pharaos gab dem Greise einen Wink, er könne sich entfernen, und so verschwand der schweigende Zug wieder in unterirdischen Gemächern des Palastes. Der König begab sich mit Tahoser ins Frauenhaus zurück. Die Priesterstochter, von dem Wunder tief beeindruckt und vor Angst bebend, warf sich vor ihm auf die Knie und sprach:

„O Pharaos, fürchtest du nicht, durch deinen Widerstand jenen unbekanntem Gott zu erzürnen, dem die Israeliten in der Wüste opfern wollen, drei Tagerreisen von hier! Laß Moses und seine Hebräer ziehen, um ihren Gottesdienst zu erfüllen, denn sonst wird der ewige Gott, wie sie ihn nennen, Ägypten vielleicht heimsuchen und uns zu Tode bringen.“

„Hat dies Schlangenblendwerk wirklich die Macht, dich zu schrecken?“ gab der Pharaos zur Antwort; „sahst du nicht, daß meine Weisen ihre Stäbe auch in Schlangen wandelten?“

„Ja, doch Aarons Schlange hat die anderen verschlungen, das ist ein schlimmes Vorzeichen.“

„Was tut das?“ Bin ich nicht der Liebling des Pharaos, der Günstling des Ammon-Ra? Steht mein Fuß nicht auf dem Rücken der unterworfenen Völker? Mit einem einzigen Hauch meines Mundes kann ich den ganzen hebräischen Samen vernichten, dann wird sich erweisen, ob ihr Gott sie beschützt!“

„Süte dich, Pharaos“, jagte Tahoser, die sich der Worte erinnerte, die

Wir marschieren in Thale

Trotz der ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse hatte unser Christlicher Metallarbeiterverband einen Aufstieg von 23,5 Prozent im Jahre 1930 zu verzeichnen. Dieser Aufstieg wird dadurch bewiesen, daß der Beitragsmarkenverkauf im Vergleich zu 1929 ein Mehr von 3210 Stück buchen konnte. Für über 11 000 Tage erhielten arbeitslose Mitglieder ihre Verbandsunterstützung. Auch an Weihnachtsunterstützung zahlte unser Verband bis zu 12 RM. pro arbeitsloses Mitglied.

Die Rechtsschutttätigkeit, welche in 11 Rechtsformen wahrgenommen wurde, zeitigte einen Barerfolg von 5187 RM. Hierzu kamen Rechtswahrnehmungen, deren materieller Erfolg gar nicht gerechnet werden kann, der aber ein ganz bedeutender ist.

In mehreren Kursen wurde für geistige Weiterbildung Sorge getragen. Der Berichterstatter Kollege Hohmeyer ermahnte die Kollegen, diese Kurse mehr zu besuchen.

Ueber das Tarifwesen wurde bekanntgegeben, daß gewerkschaftliche Lohn- und Tarifbewegungen im letzten Jahre nicht stattgefunden hätten, mit Ausnahme eines wilden Streiks in Blankenburg, der durch die geradezu traurige Unkenntnis des roten Betriebsrats auf den Satz

Werken hervorgerufen wurde. Die Rechtsschutttätigkeit zeigte ebenfalls, wie für unsere Mitglieder gesorgt und gearbeitet wird. Viele Schriftsätze wurden angefertigt und Termine abgehalten, welche durchweg gewonnen wurden. Vom Versammlungsweisen interessierte besonders der Jugendtag in Thale. Es wurden im ganzen 30 Versammlungen gewerkschaftlicher Art abgehalten. Dazu kommen 30 Sitzungen und Konferenzen, einschließlich der Funktionärkonferenz im Oktober vorigen Jahres in Magdeburg.

Die Vorstandswahl auf unserer Generalversammlung ging in gewohnter Einnütigkeit vor sich. Unser Bezirksleiter Kollege Kirchner schilderte in eingehender Weise die wirtschaftliche Lage. Im weiteren wurde besprochen, daß die Betriebskrankenkasse des Eisenhüttenwerkes freie Arztwahl nicht kenne. Unsere Verwaltung wurde beauftragt, eine entsprechende Eingabe zu machen. Ferner sollen Erkundigungen eingezogen werden, ob eine Verhandlung über Nachtzulagen für den mitteldeutschen Tarifvertrag stattgefunden hat, da das EZW. noch 6 Rpf. von der Nachtzulage gestrichen hätten.

Mit einem warmen Appell um allseitige Mitarbeit zur Erstarkung des Verbandes schloß der 1. Vorsitzende die Generalversammlung. H.

Aus den Betrieben

Theorie und Praxis

im sozialistischen Metallarbeiterverband in Halle

Wohl in keinem Jahre sind die Wahlen der Betriebsvertretungen so wichtig gewesen, wie in diesem. Der Kampf um die Rechte der Arbeiterschaft in den einzelnen Betrieben gewinnt immer mehr an Bedeutung, nicht nur nach der materiellen, sondern weit mehr nach der ideellen menschlichen Seite. Hier werden die Kämpfe ausgetragen um die Affordräge, aber auch um die Gleichachtung und Behandlung als Mensch. Daran geht hervor, daß für den Arbeitnehmer die Betriebsratwahlen keine geringere Bedeutung haben, als sonstige politische Wahlen. Das bedeutet aber gleichzeitig, daß nur den besten und tüchtigsten Kollegen die Vertretung des Betriebes übertragen werden darf.

Da aber unsere heutige Zeit im allgemeinen gewöhnt ist, die Tüchtigkeit nach der Parteizugehörigkeit zu beurteilen, so ist es kein Wunder, daß von den Leuten, die nicht anders können als alles durch die Parteilinse zu sehen, die Betriebsratwahlen als politische Wahlen bezeichnet wurden. Und wer die sozialistischen und kommunistischen Tageszeitungen in den letzten Wochen gelesen hat, hat diesen politischen Kampf um die Betriebsvertretungen genau so empfunden wie in den nationalsozialistischen Blättern.

Besonders hart aber kämpfen die freien Gewerkschaften gegen ihre roten Brüder von der R. G. O., deren ganze Fähigkeit im „Phrasen-

drehsen“ besteht. Aber trotzdem scheint ein großer Teil der Arbeiterschaft den Parolen der R. G. O. gefolgt zu sein und den „sozialistischen Derrättern“ den Rücken gefehrt zu haben; denn sonst könnte man das Verhalten des sozialistischen Metallarbeiterverbandes in Halle nicht verstehen. Obwohl die sozialistischen Gewerkschaften vor den Betriebsvertreterwahlen einen Aufruf erließen, daß überall freigewerkschaftliche Listen eingereicht werden müßten, auf denen keine Mitglieder der „gewerkschaftsjahdigen“ R. G. O. stehen, hat man hier eine „Einheitsliste“ mit der R. G. O. aufgestellt, weil sonst die christlichen Gewerkschaften zu stark würden.

Wenn man an die gegenseitige Beschimpfung in den Zeitungen denkt, und an die gehässigen Kämpfe in den Betrieben, wo die R. G. O. eine eigene Liste aufgestellt hat, dann klingt es wie ein verfrühter Aprilscherz, wenn das Flugblatt des sozialistischen Metallarbeiterverbandes mit den Worten schließt: „Nur Einigkeit macht stark!“ Was tut man nicht alles aus Angst vor den „Christen“ Gemeinsam mit den Feinden der Gewerkschaft bekämpft man eine andere Gewerkschaftsrichtung, deren zielklares und verantwortungsbewusstes Ringen um die Rechte der Arbeiterschaft schon oft dort Dreiecke geschlagen hat, wo die sozialistischen Gewerkschaften versagt haben. Aber die Partei über alles, die Gewerkschaften sind ja nur deren „Rekrutenschulen“. Hoffentlich erkennen die Arbeiter bevor es zu spät ist, daß die Vertretung ihrer Interessen nur erfolgt in den christlichen Gewerkschaften. FL.

Poëri gesagt hatte über Jehovas Macht; „laß nicht den Stolz dein Herz verhärten. Moses und Aaron klößen mir Furcht ein; und wie sie deinen Grimm herausfordern, müssen sie sich den stärkeren Gortheit beschämt wissen.“

„Wenn ihr Gott so mächtig wäret.“ sagte Pharao als Antwort auf Labojers Bejournisse, „laße er sie dann schmachten in Gefangenschaft, erniedrigt wie Lasttiere, überbürdet mit harte Arbeit! Vergessen wir diese irdischen Wunder und genießen wir das Leben. Sei eingedenk meiner Liebe zu dir, sei dir bewußt, daß Pharao mächtiger ist als jener Ewige, der zweifelhafte Schräggott.“

„Ja, du bist der Herrscher der Herrscher, Bezwinger der Throne, die Menschheit ist vor dir wie das Sandkorn im Wind; ich weiß es wohl“, war Labojers Erwiderung.

„Und doch kann ich nicht erreichen, daß du mich liebst“, sagte der Pharao lächelnd.

„Die Gazelle fürchtet den Löwen, die Taube ist in Angst vor dem Sperber, das Auge schließt sich vor der Sonne, und ich sehe dich einweilen nur durch Schreden und Betäubung; menschliche Schwachheit gewöhnt sich langsam an Königs-Majestät. Eine Sterbliche wird immer Ehen empfinden angezogen eines Gottes.“

„Du läßt mich bedauern Laboier daß ich nicht der Erstbeste bin, irgendein Bejehlshaber, Kleiner Fürst, Priester, Landmann oder weniger noch. Da ich den König nicht in einfachen Mann verwandeln kann, so kann ich aus der Jungfrau doch eine Königin schaffen und goldene Dipe deine holde Stirn umwinden lassen. Die Königin wird den König nicht fürchten.“

„Und liebst du mich selbst an deiner Seite auf dem Thron sitzen, mein Denken laßt dir stetig doch zu Füßen. Doch deine Güte ist so groß, daß sich, ungeschützt deiner übermenschlichen Schönheit, deiner grenzenlosen Macht und deines blendenden Glanzes, mein Herz vielleicht erlösen wird, an dem deinen zu schlingen.“

Dieser Art wechselten Pharao und Laboier Rede und Antwort; die Tochter des Priesters konnte Poëri nicht vergessen, und versuchte Zeit zu gewinnen dadurch, daß sie der Leidenschaft des Königs einige Hoffnungen erweckte. Aus dem Palast zu entkommen und zu dem jungen Herrscher zu flüchten, war ein Ding der Unmöglichkeit. Und außerdem ließ Poëri hier Liebe eher über sich ergehen, als daß er sie erwiderte. Rahel

war eine gefährliche Rivalin, auch rührte die zärtliche Zingebung des Pharao die Priesterstochter; sie wünschte sehnlisch, ihn lieben zu können, und vielleicht war sie weniger weit davon entfernt, als es ihr schien.

XVI

Wenige Tage später fuhr Pharao in Begleitung seines Gefolges am Nil entlang, aufrecht stand er in seinem Wagen; er wollte sehen, wie hoch der Fluß gestiegen sei, da tauchten wie Traumgestalten Aaron und Moses vor ihm auf. Der König zügelte die Rosse, die schon die Brust des hohen, reglos stehenden Greises begeisterten.

Moses wiederholte mit feierlich langamer Stimme seine Bitte.

„Beweise durch ein Wunder die Macht deines Gottes“, erwiderte der König, „und ich werde deine Bitte gewähren.“

Sich zu Aaron wendend der ihm nachfolgte, sagte Moses:

„Nimm deinen Stab und rede die Hand aus über alles Wasser in Ägypten über Flüsse, Ströme, Seen und Weiher; sie sollen sich in Blut verwandeln; im ganzen Land soll alle Frucht sich in Blut verkehren, auch die in hölzernen und steinernen Gefäßen ist.“

Aaron schüttelte den Stab und schlug mit ihm die Flut.

Das Gefolge des Pharao drängte sich in ängstlicher Spannung. Das Herz des Pharao lag erzen in der granitenen Brust, er lächelte verächtlich denn er vertraute der Kunst seiner Zeichendeuter, welche diese landfremden Magier beschwören sollten.

Nach Ablauf von sieben Tagen kam Moses wieder. Er sprach zu dem ihm dienenden Aaron die Worte des ewigen Gottes:

„Erhebe deine Hand mit deinem Stab über Flüsse, Ströme, Weiher und laß Frösche aus Ägypten steigen und Ägypten heimführen.“

Kann hatte Aaron diese Geste ausgeführt, da hüpfen aus Kanälen, Flüssen, Strömen, Sümpfen Millionen Frösche; sie erfüllten Felder und Wege, sprangen auf den Stufen der Tempel und Paläste, drangen ins Allerheiligste und in die verstecktesten Kammern ein; und immer neue Legionen drängten den Ersterhienenen nach. Sie fanden sich in Häusern, Backhöfen, Backöfen, Trüben; nirgends vermochte man den Fuß hinzusetzen ohne einen Frosch zu zertrüben; wie von Federn geschneit, hüpfen sie rechts, links, zwischen den Beinen durch, vorwärts, rückwärts.

(Fortsetzung folgt.)

Wirtschaft-Technik

Nummer 5

Duisburg, den 25. April 1931

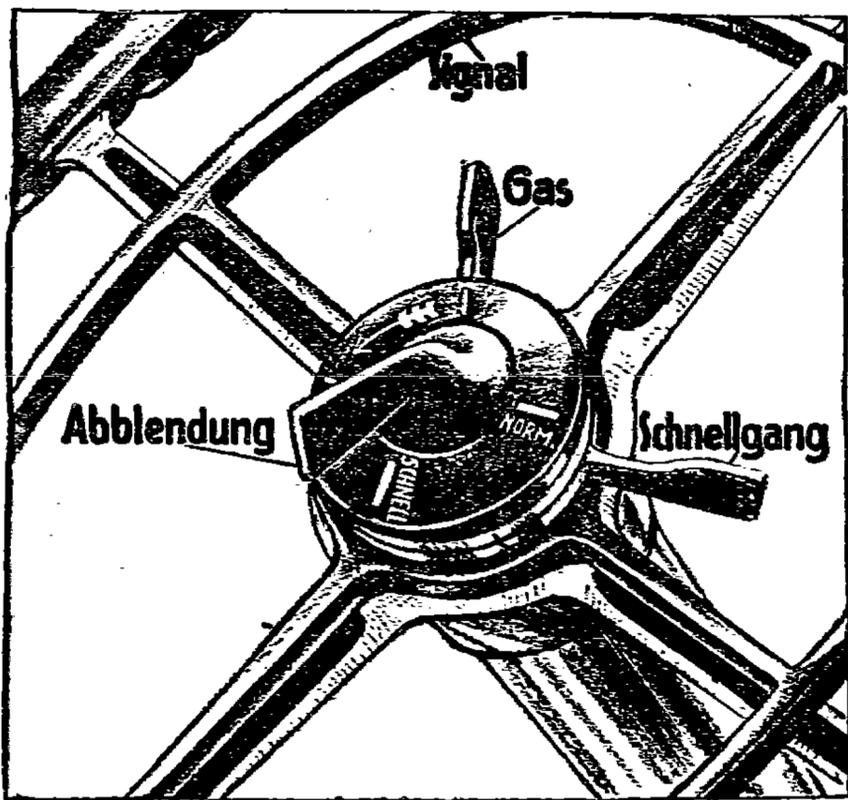
Nummer 5

Neues aus der deutschen Automobilindustrie

II.

Die Neukonstruktion der Hanja-Automobilwerke in Bremen ist der Typ „Consul“, ein Vierzylinder von 3300 ccm Inhalt, der ca. 45 PS leistet. Das nach modernsten Konstruktionsprinzipien hergestellte Chassis ist mit hydraulischen Vieradbremsen, Tiefrahmen und allen sonstigen Merkmalen eines modernen Gebrauchswagens ausgestattet; besonders bemerkenswert ist der in dieser Klasse überaus niedrige Preis, der den neuen „Consul“ geeignet erscheinen läßt, auf dem deutschen Markt einen erfolgreichen Wettbewerb mit gewissen billigen Amerikanern aufzunehmen. Neben den neuen Vierzylinder stellen die Hanja-Werke auch ihren bewährten Sechszylinder „Matador“, einen 500er-Wagen von 2,6 Liter Zylinderinhalt aus, der mit hinterer Schwingachse, viergängigem Getriebe und automatischer Rücklaufsicherung auf Tiefrahmen-Chassis ausgestattet ist.

Die Sorch-Werke haben durchgängig an ihrem Achteylinder-Programm festgehalten; dasselbe wurde jedoch um den Typ „500“, einem 1000er-Wagen mit 5 Liter Hubraum, vermehrt, der bereits in Paris ausgestellt war, aber auch dem deutschen Publikum kein Unbekannter mehr ist. Ebenso ist die Type „470“ mit einem neuen Motor, der mit 4 1/2 Liter 90 PS entwickelt, versehen worden. Auch Sorch 470 besitzt eine durch Kreuz-Traversen verstärkte Niederrahmen-Konstruktion.

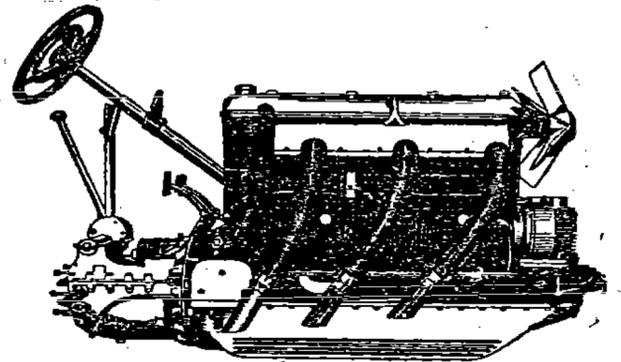


Das Steuerrad eines Mercedes-Benz-Wagens

Zum erstenmal trat auf der Ausstellung der Maybach-Motorenbau in Friedrichshafen mit seinen Zwölfzylinder-„Zeppelin“-Typen an die Öffentlichkeit. Die „Zeppelin“-Wagen werden in zwei Modellen hergestellt, mit einem 7-Liter-Motor von 100 PS und mit einer 200 PS leistenden 8-Liter-Maschine. Die 12 Zylinder der Motoren sind in zwei Reihen zu je 6 V-förmig angeordnet. Die Wagen sind mit dem Maybach-Schnell- und Sparganggetriebe mit 4 geräuschlosen Gängen ausgerüstet, die auf elektrischem Wege ohne besondere Betätigung der Kupplung vom Lenkrad aus zu schalten sind. Auf dem Maybach-Stand waren auch der neue Zwölfzylinder-Ausfahrzeugs-Motor

und der 1000er Sechszylinder-Omnibus-Motor zu sehen. Außerdem zeigte Maybach den zwölfzylinderigen Luftschiff-Motor der Type „Graf Zeppelin“.

Auch KAG waren mit einer Neuheit auf einem 1000er Achteylinder von 4 1/2 Liter Hubraum und V-förmig angeordneten Zylindern zu sehen. Der Wagen ist mit viergängigem Aphon-Getriebe versehen; seine Uebersetzung ist so gewählt, daß der vierte Gang als Schnellgang dient. Reichhaltige Ausstattung und Aufbauten wiesen neben ihm auch die bewährten Typen des sechs-zylinderigen KAG-Protos „207“ (4 Liter 80 PS) und des KAG-Sport „208“, der mit derselben Maschine ausgerüstet ist, auf.

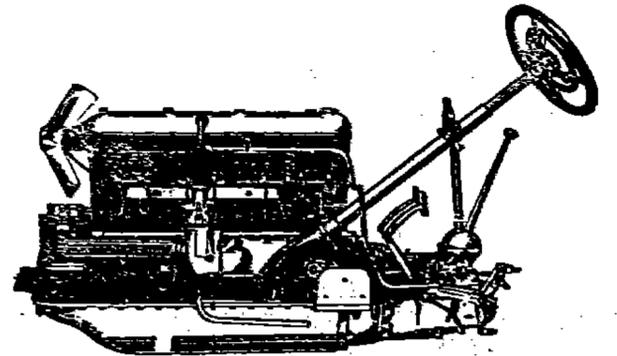


Sechszylinder-Kompressor-Motor Mercedes-Benz (Auslassseite)

Wanderer, Chemnitz, brachte auch diesmal den bewährten 3000er Vierzylinder von 1 1/2 Liter, der mit hydraulischen Brausen ausgerüstet ist. Die Wanderer-Motoren zeichnen sich neben langer Lebensdauer besonders durch hohe Elastizität und im Zusammenhang damit auch durch große Bergfreudigkeit aus: Eigenschaften, die durchaus nicht jedem Vierzylinder eigen sind. Die sehr schön geräumigen Karosserien, die im Sindelfinger Werk der Daimler-Benz AG geschaffen wurden, zeigen neben angenehmster Farbtonung moderne Linienführung.

Ferner sind noch zu erwähnen Achteylinderwagen der Audi-Werke mit Schnellgang-Getriebe, Sechszylinderwagen der NSU-Automobil AG von 34 PS (1,8 Liter) und 52 PS (2,5 Liter), Sechs- und Achteylinderwagen Simson Supra von 70 und 90 PS und Wanderer-Wagen von 30 und 50 PS mit Vier- bzw. Sechszylinder-Motoren.

Ehe wir den Abschnitt über die Personenwagen beschließen, dürfte eine Erklärung des obengenannten Kompressor-Motors und seiner Vorteile gegenüber einem normalen Motor angebracht sein.



Sechszylinder-Kompressor-Motor Mercedes-Benz (Zugseite)

Die Entwicklung der Automobil-Motoren in den letzten Jahren hat mehr und mehr eine Richtung eingeschlagen, die auf eine Leistungssteigerung durch Erhöhung der Umdrehungszahl bei Verminderung des Zylinderinhalts und damit der Größe der Motoren abzielt. Dabei hat sich die Erfahrung bestätigt, daß mit einer Erhöhung der Umdrehungszahl nicht gleichmäßig auch die Leistung des Motors wächst, da von einer bestimmten Tourenzahl ab die Ansaugwirkung des niedergehenden Kolbens nicht mehr genügt, den gleich guten Füllungsgrad des Zylinders wie bei niedrigen

Tourenzahlen zu erreichen. Die Leistungskurve des Motors wird also, wenn ein gewisser Punkt erreicht ist, trotz gesteigerter Umdrehungszahlen immer mehr fallen. Es war daher notwendig, ein Mittel zu finden, das die restlose Füllung der Zylinder sicherstellte. Dieses Mittel ist der Kompressor, der als Gebläse wirkend die Luft durch den Vergaser in die Zylinder preßt und die Leistung des Motors dadurch erhöht.

Die Verwendung des Kompressors wurde zuerst bei Flugmotoren versucht. Das Verdienst der Daimler-Gesellschaft in Stuttgart-Untertürkheim ist es, diese Erfahrungen auf das Automobil übertragen und in eingehenden Versuchen einen brauchbaren Kompressormotor für das Automobil erprobt zu haben. Seit dem Jahre 1923 bauen die Daimler-Werke serienmäßige Personewagen-Typen mit Kompressor. Der Mercedes-Kompressor ist dem Motor vorgelagert. Er bildet mit seinem Antrieb, seiner Kupplung und Stillstandbremse ein besonderes, aber sehr einfaches Maschinenaggregat. Er kann willkürlich durch vollständiges Niedertreten des Beschleunigungsfußhebels betätigt und ebenso rasch wieder zum Stillstand gebracht werden. Wird die Kompressor-Kupplung eingerückt, so setzen sich die Gebläseflügel mit hoher Umdrehungszahl in Gang, saugen die Luft durch einen Schalldämpfer an und drücken sie von unten durch den Vergaser. Hier vermischt sich die Luft nach Maßgabe der automatischen Vergaserregelung mit dem zerstäubten Brennstoff, um dann in die Zylinder gedrückt zu werden.

Der Kompressor stellt eine starke Kraftreserve dar, die es erlaubt, die normale Leistung des Motors vorübergehend erheblich zu steigern, z. B. zur raschen Beschleunigung des Wagens oder zur Ueberwindung von Steigungen. Der Motor erhält durch den Kompressor eine bedeutende Geschmeidigkeit, die nur von einem normalen Motor von wesentlich größeren Dimensionen und daher höherem Verbrauch und höherer Steuerklasse ebenso erreicht wird.

Wärmetechnische Grundlagen für den Zentralheizungsbau

I

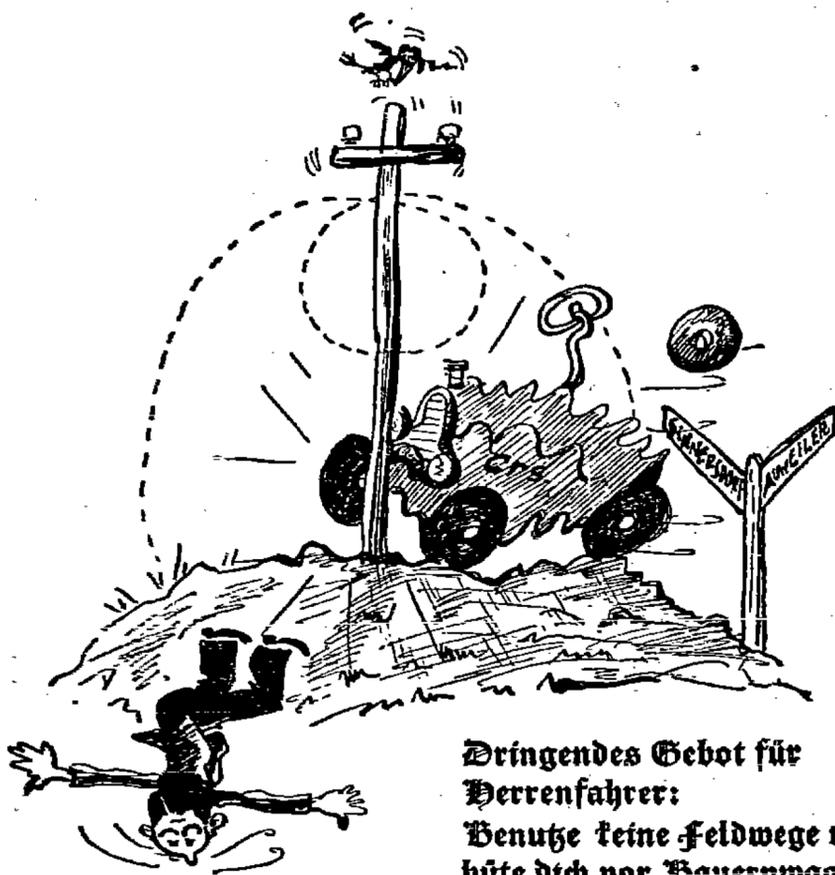
A. Hochdruckdampf-Kessel.

Unter den Wärmekraftanlagen nehmen die Dampfkraftanlagen, die zur Ausnutzung der festen Brennstoffe (Kohle, Torf, Holz) dienen, den weitest aus größten Raum ein. In ihnen werden bis heute noch die größten Energiemengen umgesetzt, da die Entwicklung der Dampfturbine immer größere Maschinenleistungen erzielen ließ. Hand in Hand vollzieht sich mit der Entwicklung der Dampfkraftmaschinen auch die Entwicklung der übrigen Teile der Dampfkraft-Anlagen, unter denen an erster Stelle der Dampfkessel steht. Sowohl die Dampfleistung, d. h. die in der Stunde zu erzeugende Dampfmenge, also auch der Dampfdruck und die Dampftemperatur nehmen immer mehr zu und bestimmen die Wege des Dampfkesselbaues, der im Laufe der Zeit grundlegende Wandlungen erfahren hat.

Während der frühere Dampfkessel im wesentlichen ein eiserner Behälter von zylindrischer Form war, also ein Kessel im Sinne des üblichen Sprachgebrauchs, ist der moderne Dampfkessel ein kompliziertes Bauwerk, das sich aus mehreren Konstruktionselementen zusammensetzt, die ihrerseits wieder sich an die verschiedensten Betriebsverhältnisse anpassen und eigene Entwicklungen durchgemacht haben.

Im Dampfkessel spielen sich zwei Energieumsetzungsvorgänge ab: die Gewinnung, d. h. Befreiung der Wärme aus der Kohle, und die Ueberführung der gewonnenen Wärme an den Wasserinhalt des Kessels und dessen Verdampfung.

Diese beiden Vorgänge spielen sich in zwei Teilen des Kessels ab, der erste in der Feuerung, der zweite im eigentlichen Kessel. Zu den beiden Hauptelementen gehören noch verschiedene Nebenteile, zur Feuerung die Kohlezuführung, die Befestigung der Rückstände d. i. Entschlackung und Entaschung, die Erzeugung des Juges zur Zuführung der Verbrennungsluft und Abführung der Rauchgase, zum eigentlichen Kessel die Speisungsorgane, der Dampfsammler und die Teile, die zur Weiterleitung des Dampfes dienen. — In den beiden genannten Hauptelementen, der Feuerung und dem eigentlichen Kessel, die jeder Dampferzeuger haben muß, treten meist noch zwei weitere Elemente hinzu, die nicht Nebenteile sind, sondern den modernen Dampfkessel kennzeichnen, d. i. der Dampfüberhitzer und der Speisewasservorwärmer oder Economiser (gepr. Economiser). Im Dampfüberhitzer, der aus einer verschieden geformten Rohrschlange besteht, die von den Feuergasen bestrahlt wird, wird der aus dem Dampfsammler abströmende Dampf vor Eintritt in die Rohrleitung



**Dringendes Gebot für Herrenfahrer:
Benutze keine Feldwege und hüte dich vor Bauernwagen!**

Gerade die Tatsache, daß der Kompressor nach Belieben aus- und eingeschaltet werden kann, bildet den besonderen Vorzug dieser Motorenart. (Schluß folgt.) M. D.

nochmals mittelbar, d. h. durch die Wandungen des Ueberhitzers, mit den Feuergasen in Berührung gebracht, dadurch getrocknet und auf eine höhere Temperatur gebracht, als der Verdampfungstemperatur entspricht. Für Maschinenbetrieb ist Ueberhitzung heute allgemein üblich.

In ähnlicher Weise, wie der Ueberhitzer, arbeitet auch der Economiser, der aus einem Rohrbündel besteht, das hinter den Kessel in den Rauchgasabzug eingebaut wird. Die an dieser Stelle immer noch zirka 350–400 Grad heißen Abgase bestreichen die äußeren Rohrwandungen, in denen das Kesselspeisewasser auf nahezu Verdampfungstemperatur vorgewärmt wird.

In den neuesten Hochdruckkesselkonstruktionen verwendet man Economiser nicht mehr, sondern benützt die in den Abgasen enthaltene Wärme zur Vorwärmung der Verbrennungsluft, die unter den Rost geführt wird.

Alle diese Vorkehrungen werden getroffen, um die in der Kohle enthaltene Wärme möglichst restlos auszunutzen und in den Dampf überzuführen.

Das Verhältnis der in dem Dampf enthaltenen Wärmemenge zu der in der verbrauchten Kohle enthaltenen, nennt man den Wirkungsgrad des Kessels. Dieser ist außer von der Bauart in hohem Maße von der Bedienung der Feuerung abhängig. Hierin besteht ein grundlegender Unterschied gegenüber den Kraftmaschinen, deren Wirkungsgrad durch die Konstruktion und den Bau festgelegt ist, auf den die Bedienung praktisch keinen Einfluß hat. Bei guter Bedienung, gleichmäßiger Belastung und sonst günstigen Betriebsverhältnissen lassen sich in Kesseln modernster Bauart Wirkungsgrade bis nahe an 90% erzielen. Ist die Bedienung dagegen mangelhaft und die Belastung stark schwankend, so sinkt der Wirkungsgrad schnell ab und erreicht als Tiefstgrenze in besonders ungünstigen Fällen etwa 50%. Bei Uberschlägigen Berechnungen wird man daher Mittelwerte je nach der Art des Betriebes von 65–75% annehmen. — Für die Abmessung eines Kessels ist die Größe der Heizfläche bestimmend, die zugleich als Maßstab dient. Heizfläche nennt man die feuerberührte Fläche des Kessels bzw. die Summe aller feuerberührten Flächen, in denen ein Wärmeübergang von den Feuer- oder Rauchgasen an den Kesselinhalt stattfindet.

Die größten Kessel, die bisher gebaut worden sind, haben eine Heizfläche von zirka 3000 m². Dieses Maß amerikanischer Kesselkonstruktion übersteigt jedoch die üblichen Größenverhältnisse europäischer Kessel um ein Vielfaches. Die Kesselgröße richtet sich

ganz nach den jeweiligen Betriebsverhältnissen, ob die Dampf- anforderungen konstant oder schwankend, groß oder gering sind. Die Unterbringung der gesamten erforderlichen Heizflächen in einem Kessel ist nicht üblich, sobald die Kessel nicht allzu klein ausfallen. Die Gesamtheizfläche einer Kesselanlage wird daher stets auf mehrere Kesselnheiten verteilt. Der Dampfdruck ist für die Größe des Kessels nicht bestimmend, sondern hat einen Einfluß nur auf die Konstruktion des Kessels, die mit steigendem Dampfdruck immer stärkere Wandungen erhalten müssen, so daß die heutigen Hochdruckkessel bereits mit aus einem Stück geschmiedeten Kesseltrommeln versehen werden. In einzelnen Sonderkonstruktionen werden heute Kesselbrücke bis 224 Atm erreicht, bei welchem Druck die aus physikalischen Gründen erreichbare Dampfdruckgrenze liegt. Der normale Dampfkessel für Maschinenbetrieb hat heute Dampfbrücke zwischen 20 und 35 Atm., je nach

seiner Größe. Die Dampftemperatur ist ohne Einfluß auf die Größe und Konstruktion des Kessels. Durch sie ist nur die Größe des Ueberhitzers bestimmt. Im Feuerungsbau haben sich besondere Konstruktionen für die verschiedenen Brennstoffe herausgebildet, besonders nachdem die Braunkohle mit der früher fast ausschließlich verwendeten Steinkohle in scharfen Wettbewerb getreten ist. Die Verfeuerung minderwertiger Brennstoffe, wie Torf und Holz, erfordert ebenfalls besondere Maßnahmen in der Gestaltung der Feuerung. Besonders wichtig ist auch die Kohlenstaubfeuerung, die zumal für Gaskessel immer mehr an Bedeutung zunimmt, da sie den Betrieb des Kessels von der Art des angelieferten Brennstoffes vollkommen unabhängig macht. Durch die Kohlenstaubfeuerung können die minderwertigsten Abfälle mit gleich gutem Wirkungsgrad verfeuert werden wie die hochwertigste Steinkohle. (Fortf. f.)
 Kremer, Heizungsbranche Köln.

John Rockefeller stößt auf Öl

Ein lebensvolles „Ölgemälde“ des legendären Oelmagnaten John D. Rockefeller hat der amerikanische Reporter John K. Winkler in seinem jetzt deutsch erscheinenden Werk „John D. Rockefeller“ mit Kritik, Miß und Bewunderung geschrieben (Transmare-Verlag).

Anfang der sechziger Jahre war ein schmaler Streifen im nordwestlichen Pennsylvanien — kaum fünfzig Meilen breit — als die „Petroleumgegend“ bekannt. Einen häßlicheren und gemelneren Schauplatz menschlicher Urnatur hat es wohl kaum je gegeben. Eine neue Industrie lag in ihren Wehen. Einige Chemiker hatten entdeckt, daß Rohpetroleum, welches bisher von Indianern und Holzfällern von Bächen abgeschöpft und anstatt Kuzol verkauft worden war, als Maschinensfett und Beleuchtungsmittel einträglich besser gemacht werden konnte. Edwin Drake bohrte die erste Quelle und stieß im August 1859 auf Erdöl. Dies war das Signal für eine Völkerwanderung in jene Gegend. Nichts, höchstens der Kaliforniagoldrausch von 1849, hat sie an Besessenheit übertroffen. Alle Bretharte-Charaktere Amerikas zogen, vom Geldsieber ergriffen, nach den Bohrfeldern von Titusville. Windhunde, Bodenspekulanten, Petroleumquellensucher, Abenteurer, Whiskyverkäufer, Spieler, Frauenzimmer und liebliche Mädchen. Das war kein Kaffeekränzchen bei Elsie Dinsmore, und ein Helmchen am Herd war auch nicht zu finden. Aber eine Gesellschaft von Glücksjägern, wild, trunken, besessen. Petroleumstädte, trostlose, müde, aber von künstlicher Lustigkeit, schossen über Nacht wie Pilze aus dem schlüpfrigen Boden.

Vermögen wurden minutenweise gewonnen und verloren. Die Zeiten brachte Typen hervor, wie „Coal Oil Johnny“, der innerhalb von zwei Jahren eineinhalb Millionen Dollar verdiente und durchbrachte, um dann in Fleiß und Dürftigkeit ein neues Leben zu beginnen. Anfang des Jahres 1860 brachte das Petroleum 20 Dollar pro Faß und im Dezember 1861 10 Cents, — im Jahre 1863 8 Dollar pro Faß, um im Jahre 1865 auf 3 Dollar herunterzugehen. Angebot und Preis hingen davon ab, ob die Bohrer im Neuland auf Petroleumquellen stießen oder nicht. Viele abergläubische Quellensucher verwandten Wünschelrutten, Hellseherinnen und andere verrückte Methoden, um Erdöl ausfindig zu machen.

In dieses Piratenlager von Petroleum und Whisky kam John D. Rockefeller. Dem jungen Makler aus Cleveland ging es gut. Er trug einen modisch geschnittenen Anzug, der gut und gern seine 50 Dollar gekostet haben mochte. Seine Stimme war wie die Stimme Cordellas, „stets leise, sanft und weich“. Er hatte ein bescheidenes Wesen, einen leichten Schritt. Er gebrauchte Ohren und Zungen im richtigen Verhältnis.

Nur wenige von der buntscheckigen Gesellschaft, in der er sich bewegte, fühlten sich von ihm angezogen. Doch hatte seine Persönlichkeit etwas Eindrucksvolles. Männer vertrauten sich ihm an, ohne recht zu wissen, warum. Er war alles andere als ansprechend, dieser glatte junge Mann von Ohio. Aber irgendwie verstand er Vertrauen zu erwecken. Er jagte Beobachtungen ein, gierig wie ein Schwamm das Wasser.

Barbarossas Kreuzzug

Konrad von Bolanden.
 IX.

Herr Friedrich aß kräftig von der rauhen Kost, tat zuweilen auch einen langen Zug aus dem goldenen Becher, den sein Diener wiederholt aus dem Weinkrüge füllte. Zu beiden Seiten des Kaisers saßen an gleichen Schilbtschen die Erzbischöfe von Trier und Besancon, die Bischöfe von Meissen und Raab, Graf Florenz von Holland und andere Herren. Gegenstand des Tischgespräches war die heilige Fahrt.

„Möchte mir Gott die unverdiente Gnade erweihen“, sprach ernst der Kaiser, „am Grabe des Welterslösers meine Andacht verrichten, und die Stadt Jerusalem der Christenheit wieder gewinnen zu können!“

„Unersforschlich zwar sind Gottes Fügungen und Ratschlüsse“, versetzte Erzbischof Solmar von Trier, „jedoch bleibt jedoch Eurer kaiserlichen Hoheit das Verdienst der unternommenen Pilgerfahrt.“

„Die weit schneller vonstatten ginge, wären wir nicht an das langsame Fortkommen der Wagenzüge gebunden“, sagte Graf Florenz von Holland.

„Die Wagen dienen dem Wagen, und der Wagen heischt Rücksichten und Rechte, die wir anerkennen müssen“, scherzte Barbarossa. „Wartet nur, lieber Graf, in nicht gar ferner Zeit werdet Ihr die leht löstigen Proviantwagen zurücksehen! Sobald wir Kleinasien betreten, zwingen uns Berge und Schluchten, die Wagen zurückzulassen. Wir sind dann lediglich angewiesen auf die Nahrungsmittel, welche unsere Verbündeten, der Kaiser von Konstantinopel und der Sultan von Konium, uns liefern werden.“

„Hoffentlich hält der Türke sein Wort und auch der Grieche, obwohl das Sprichwort sagt: Traue keinem Griechen!“ erwiderte Florenz.

„In vorliegendem Falle wären Zweifel und Argwohn unstatthaft“, versetzte der Hohenstaufe. „Unsere Verträge sind beschworen. Der Eid wird dem Türken ebenso heilig sein, wie dem Griechen. Nein, — nein, Jaak Angelus wird nicht meinelbig und der Sultan nicht eibvergesen!“

„Wir wollen es hoffen!“ sagte der Bischof von Raab in einem Tone, der vom Zweifel nicht frei war.

Hier wurde die Unterhaltung von zwei Armbrustschützen unterbrochen, die einen Gefangenen zwischen sich führten. In geringer Entfernung blieben sie stehen, die Blicke auf den Kaiser gerichtet, als erwarteten sie die Erlaubnis, näher treten zu dürfen. Barbarossa winkte sie heran.



Rodefeller beschloß, sein Glück in der Petroleumindustrie zu wagen. Mitte 20, mit frischen Kräften, die er sich durch seinen charaktervollen Lebenswandel erhalten hatte, und ausgezeichneten Kenntnissen über die Möglichkeiten des „Petroleum-Dorado“ erkannte er, daß der Raffinierer weitaus bessere Aussichten habe als Produzent oder Verfrachter.

Im Jahre 1862 hatten Rockefeller und sein Teilhaber Maurice B. Clark einen Reingewinn von je 17 000 Dollar aus ihrem Kommissionsgeschäft eingenommen. Anstatt die beträchtliche Summe auf die Bank zu legen, hatten die jungen Kaufleute einen Teil ihres Uberschusses in einer kleinen Raffinerie angelegt. Ihr Teilhaber war ein Engländer Samuel Andrew, ein technisches Genie, der eine Methode entwickelt hatte, um Petroleum durch den Gebrauch von Schwefelsäure zu reinigen.

Der Zauber des Erdöls hatte viele Leute in Cleveland dazu verführt, ihr Glück mit einer Raffinerie zu versuchen. Im Jahre 1865 hatten sich etwa fünfzig rohe übelriechende Anlagen an den Ufern des Erie-Sees, des Cuyahoga und den Gewässern, die als Walmouth und Kingsbury-Run bekannt sind, aufgetan. Diese Raffinerien waren in primitiven Holzbauten untergebracht. Wiewohl fast 200 Meilen von den Petroleumfeldern entfernt gelegen, war Cleveland seiner Lage nach dazu bestimmt, ein Zentrum der Raffinerien zu werden. Die wachsende Stadt beherrschte den westlichen Markt und hatte gleichzeitig durch See, Kanal und zwei Hauptbahnen Verbindung nach dem Osten.

Der Prozeß der Erdölraffinerie war einfach. Außer einem kupfernen Gewinde, einer eisernen Destillieranlage und einigen Zink- oder Blechtanks war kaum etwas vonnöten. Naturgemäß verführte das Geschäft zu sehr viel Donquichotterien, aber Clark und Rockefeller waren sachliche Leute. Von dem Augenblick an, wo Andrew die erste kleine Raffinerie am Gang eines Sügels errichtete, wurde das Geschäft von seinen Teilhabern, besonders

Rodefeller, mit Argusaugen beobachtet. In dem neuen schwarzen Gold sah John D. seinen Weg zum Reichtum. Mit der Zeit wandte er mehr Zeit und Energie auf die Raffinerie als auf das Agenturgeschäft. Er arbeitete schwerer als ein Tagelöhner. Er war besessen von seiner Sparmanie. Kein Tropfen Petroleum, keine Aiete, kein Spund durften vergeudet werden. Ueber jede Kleinigkeit verlangte er Abrechnung. „Zahle niemand einen Zwischengewinn“ hieß sein Motto. Er fuhr nach Oilcreek und kaufte selber sein Roherdöl. Er machte seine eigenen Fässer, war sein eigener Spediteur und Fuhrmann. Mit Andrews sachverständigem Beistand verwertete die Clark- und Rockfellersche Anlage Nebenprodukte, welche andere Raffinerien ungenutzt liegen ließen. Kein Mittelsmann hatte einen Anteil am Verdienst. Sie errichteten Lagertanks aus Holz, dann aus Eisen, kauften Petroleum, wenn es billig war und verkauften es, wenn die Presse anjog. Erdöl war Rockfellers Stiefpferd, dann wurde es seine Leidenschaft. Nur die Nachricht über ein gutes Geschäft vermochte seine immer ernste Miene aufzuhellen. Wenn eine Ladung Petroleum unter Marktpreis erworben war, pflegte er wie wahnsinnig im Geschäft herumzutanzeln und seinen Hut in die Luft zu werfen. Bei einer dieser Gelegenheiten sprang er in seinem Freudentaumel einmal achtlos darauf und verdarb ihn. Traurig ging er von dannen, um sich eine neue Kopfbedeckung zu kaufen. William Rockefeller, der zwei Jahre jünger als sein Bruder John war, erhielt einen Posten in der Raffinerie und wurde als Einkäufer in die Petroleumgegend geschickt. Unter Johns energischer Leitung erwies sich William als gelehriger Schüler. Obwohl er sein Leben lang in Johns Fußstapfen treten sollte, war William vollkommen anders geartet. Er steckte voller Uebermut und freute sich über jeden guten Witz. Er hatte ein anshmiegsames Wesen, und wer mit ihm in Berührung kam, gewann ihn lieb. W.

Fehler und Fehlerquellen beim autogenen Schweißen



Die Güte und die Haltbarkeit einer autogenen Schweißstelle bildet auch heute noch nach dreißigjähriger Entwicklung ein vielbesprochenes Streitobjekt. Es ist in der Tat nicht leicht, die Güte dieser Verbindungsart festzustellen; denn abgesehen von den Schwierigkeiten, die in der Natur der autogenen Schweißung liegen, wirken von außen gar mannigfache Kräfte auf jede Verbindungsstelle ein, deren Folgeerscheinungen gerade bei den Verbindungen des autogenen Schweißens noch wenig erforscht sind.

Wenn eine Kraft in irgendeiner Form auf einen Körper wirkt,

so wird das Verhalten des Körpers durch diese Kraft gestempelt, und man sagt, der Körper wird beansprucht. Er muß diese Kraft aushalten, er kann dabei zu Bruch gehen, sich verbiegen usw. In Fig. 1 bis 5 sind die Beanspruchungsmöglichkeiten skizzenhaft angedeutet.

Allen diesen Beanspruchungen sind auch die Schweißstellen ausgesetzt. Man darf nur nicht den Fehler machen und die einzelnen Beanspruchungen einzeln für sich als Kraft auf den Körper wirkend denken. Das kann wohl in der Theorie, aber kaum in der Praxis eintreten; denn hier kompliziert sich das Beanspruchungen der Schweißstellen dadurch, daß die Kräfte in den

„Wen bringt ihr da?“

„Einen Räuber, Herr Kaiser! Eine ganze Bande haben wir gefangen, lebendig Kerle, die mit Pfeilen auf was schossen und manchen Wallbruder verwundeten. Vierundsechzig von den Wördnaben hatten wir bereits an Bäumen neben dem Wege aufgehängt, damit die Gehängten allen Räufern verkünden, was ihnen geschieht, wenn sie ihr schlechtes Handwerk nicht aufgeben. Wie nun die Reihe zum Hängen an diesen kam, da schrie er ganz erbärmlich, machte gräßliche Grimassen und plapperte ein Räuberwelsch, davon wir nur die zwei Worte „Kaiser Barbarossa“ verstanden. Dabei machte er Zeichen, die verkündeten, daß er zu Euch geführt sein wolle, um etwas Wichtiges zu berichten. Darum gebot unser Rottmeister, den Kerl vor Euch zu bringen und das Anhängen der übrigen zu verschieben.“

Streichlich Rotbart musterte den Gefangenen der sein Räuber zu sein schien. Seine Kleidung bestand aus guten Stoffen und war jene bürgerlicher Stände. Auch Haltung und Benehmen verkündeten einige Bildung, welche er durch eine tiefe, achtungsvolle Verbeugung vor dem Kaiser zu erkennen gab und dann in ruhiger Ergebung stehen blieb.

„Ehrwürdiger Bischof, darf ich nun den Vicar Eurer Sprachkenntnisse bitten?“ wandte sich Barbarossa an den Bischof von Raab.

Der ungarische Prälat erhob sich und trat als Dolmetscher neben den Kaiser.

„Wer bist du?“ begann der Hohenstaufe das Verhör.

„Ich bin Simon, ein guter Bürger aus Brandiza.“

„Sind etwa in Nordherzien die Räuber und Mordelwörter gute Bürger?“

„Ich bin kein Räuber, Herr Kaiser.“

„Du hast doch mit deinen Gefellen den Pilgern nachgestellt, um sie zu tödnen und zu berauben.“

„Nein — nicht ja, Herr Kaiser, durchaus nicht! Wir wollten nicht tödnen, sondern tun, was wir geheißen wurden. Ist ein guter Bürger, was die Obrigkeit ihn heißt, dann ist er kein Räuber und Mörder und verbrennt nicht den Strauß.“

„Wer hat Euch, den Pilgern nachgestellt?“

„Des Kaisers Angelus Statthalter von Brandiza“, antwortete ruhig der Gefangene.

Barbarossa raunte, eine lebhafteste Bewegung ging durch seine Umgebung.

„Deine Rede klingt töricht!“ sprach der Hohenstaufe. „Der Statthalter war uns freundlich gesinnt.“

„Das mag sein, — allein der Statthalter mußte tun, was ihm der Kaiser Angelus befahl.“

Die Ueberrassigung Friedrichs und der Fürsten war groß.

„Weil der Statthalter tun mußte, was ihm Angelus befahl, und weil wir Bürger von Brandiza dem Statthalter gehorchen müssen, darum sind wir nicht schuldig“ fuhr der Gefangene fort. „Dies wollte ich Euch sagen, Herr Kaiser Barbarossa! Ich halte Euch für einen gerechten Mann, der niemand am Leben straft, weil er seiner Obrigkeit gehorcht.“

„Sind außer deinen gefangenen Genossen noch mehr Bürger aus Brandiza gegen die Pilger aufgeboden?“ forschte der Hohenstaufe.

„Ja! Alle waffenfähigen Männer sind geheißt, die Feinde unseres Kaisers zu bescheiden.“

Friedrich Rotbart sah einige Augenblicke in sinnendem Schweigen.

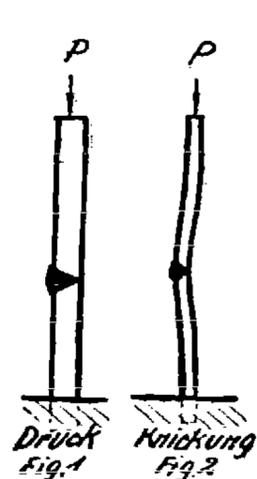
„Wo sind die übrigen fünf Gefangenen?“ wandte er sich an die Armbrustschützen.

„Ganz in der Nähe, — kaum tausend Schritte von hier.“

„Bringt sie her! Gestattet aber nicht, daß sie miteinander reden“, gebot der Kaiser.

Die plötzliche Enthüllung über den Charakter der vermeintlichen Räuber sowie der fesselhafte Verhörabdruck von Seiten des byzantinischen Kaisers brachten auf alle Anwesenden tiefe Eindrücke hervor, die sich in verschiedener Weise äußerten. Die Gesichter der Ritter glühten vor Zorn. Ueber den Jünger der Bischöfe lagen Trauer und Bekümmernis. Gebengte Scepter standen sie da und blickten in trüben Sinnen vor sich hin, offenbar die verhängnisvollen und schweren Folgen im Geiste erwägend, die sich an den Meineid des Kaisers und an den Haß der Griechen gegen die Lateiner für die Kreuzfahrt knüpften. Barbarossas Mienenspiel verriet zwar keine innere Aufregung, aber in seinen strengen Zügen flammte es zuweilen wie drehendes Wetterleuchten. Mit verknüpften Armen saß er auf seinem Selbstuhl, den Rücken an den Stamm des Baumes gelehnt, die Aufsicht der gefangenen Gevierter er-

verschiedensten Kombinationen auftreten, die naturgemäß in ihrer Auswirkung sehr schwer zu erfassen sind. Aber nicht genug mit dieser Schwierigkeit, das autogene Schweißverfahren ist auch heute trotz der verhältnismäßig hoch entwickelten Apparatur noch sehr mit Fehlern behaftet. Sie werden weiter unten besprochen. Und ein drittes Uebel tritt hinzu, das sind die durch mangelhafte Schweißung in die Schweißstelle hineingetragenen Fehler. Aus diesen drei Fehlerquellen erwächst die rauhe Praxis des autogenen Schweißens. Ihre mehr oder weniger große Auswirkung ergibt eine entsprechende Güte der Schweißung. Und wenn man sich das Ideal einer Schweißung vor Augen führt, das doch dahin geht, eine Verbindung zweier oder mehrerer Teile zu erzielen, die sich in der Struktur des Gefüges von der der Verbindungsmetalle nicht unterscheidet, so kann man nur feststellen, daß wir infolge der Größe der drei angedeuteten Mängel noch sehr weit von ihm entfernt sind.



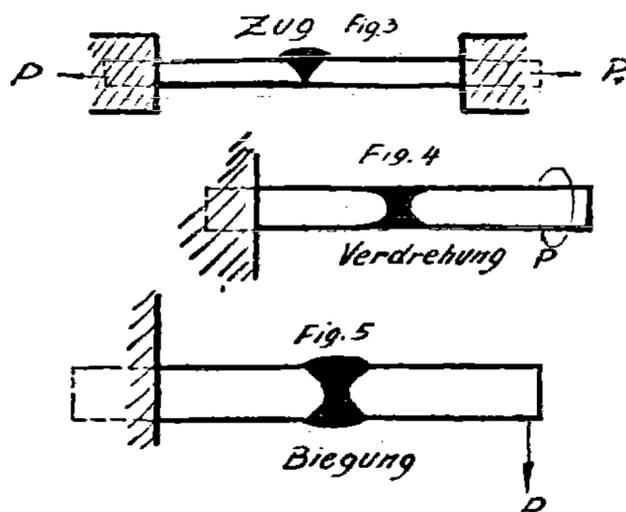
Die Metalle haben auf Grund ihrer Elementarzusammensetzung im Erstarrungsprozeß einen bestimmten Gefügebau erhalten, der maßgebend ist für die Zusammenhangskraft der einzelnen kleinsten Körperteile. Die Größe dieser Zusammenhangskraft bestimmt die Festigkeit eines Körpers. Um einem häufigen Mißverständnis vorzubeugen, sei erwähnt, daß Festigkeit einen Sammelbegriff darstellt. Festigkeit ist die Reaktion eines Körpers auf eine Beanspruchung, und wir unterscheiden je nach der Wahl der Beanspruchung Druck, Zug, Knick, Abscher- und Verdrehungsfestigkeit. Ein Körper besitzt demnach diese Festigkeiten, und erleidet Beanspruchung. Je nach dem Erfüllungszweck des Körpers trägt die Herstellungstechnik durch Elementarzusammensetzung und die Verarbeitung selbst bestimmte Beanspruchungen in das Stück hinein.

Theoretisch dürfte die Fähigkeit einer Schweißstelle, die Beanspruchungen ohne Schaden erleiden zu können, nicht von denen eines Stückquerschnittes abweichen; aber die weiter unten angeführten Fehlerquellen bewirken immer eine Deformierung des Schweißquerschnittes. Diese Tatsache wird vielfach noch nicht anerkannt, denn die Urteile über die Haltbarkeit einer Schweißstelle schwanken zwischen 60 und 100 %. Die Autogenindustrie ist jung und ihre Fortschritte in Ehren; aber zwischen der idealen Schweißung und den praktisch erreichbaren Resultaten besteht doch noch bei allen Metallen ein merkbarer Unterschied. Wohl wird es die Entwicklung der autogenen Technik einmal dahinbringen, daß ihre Verbindungsarten vorherrschend auf allen Verbindungsgebieten sein wird. Jedoch soll man sich hüten, das autogene

Schweißen allzujährlich mit einem Glorienschein zu umgeben oder es als die allein seligmachende Verbindungsart hinzustellen; denn auf vielen Gebieten, z. B. im Dampfkesselbau, Brückenbau, beherrscht das Nietens nach wie vor die Lage. Nietungen, Verschraubungen und Durchsteckungen sind im Schlosserhandwerk noch nicht vom autogenen Schweißen verdrängt worden; denn sie sind manchmal angebrachter, technisch möglicher und sehen oft auch besser aus.

Die Schwierigkeiten des autogenen Schweißens werden häufig unterschätzt, das hat zu einem verbreiteten Puschertum geführt, das wohl kleben, aber nicht schweißen kann. Letzten Endes ist dieser Uebelstand auf den Mangel an ausreichender theoretischer und praktischer Ausbildung zurückzuführen. Mit dem Selbstlernen ist das eine eigene Sache. Man bekommt wohl Gefühl, aber kein Verständnis, wird wohl ein fleißiger Dilettant aber kein Fachmann. Aus dieser Erkenntnis heraus hat man die Schweißerschulen geschaffen, und der starke Andrang zu diesen Kursen zeugt von dem vorhandenen Bedürfnis.

Wenn trotz der vielen Fehlerquellen so wenig über schlechte Haltbarkeit autogener Schweißungen gesprochen wird, so hat das verschiedene Gründe. Zunächst hat sich die autogene Schweißung nur auf den Gebieten eingebürgert, wo die geschweißten Teile keine großen Beanspruchungen auszuhalten haben. Handelt es sich dennoch um beanspruchte Teile, so ist das nur im schwachen



Maße der Fall und außerdem sind die Teile entsprechend dimensioniert. Und außerdem ist das autogene Schweißen infolge seiner Wirtschaftlichkeit derart beliebt, daß man gern bereit ist, über einen vorkommenden Bruch den Mantel des Schweißens zu decken.

Die Fehler, die beim autogenen Schweißen gemacht werden, teilweise gemacht werden müssen, haben ihre Quellen auf drei Gebieten: 1. im Arbeiter, 2. in der Apparatur, 3. im Material.

Würde es eine Möglichkeit geben, sämtliche Schweißstellen auf

wartend. Da er in nachdenkendem Schweigen verharnte und es nach damaliger Sitte nicht erlaubt war, ohne Aufforderung in Gegenwart des Kaisers zu sprechen, so herrschte um den Baum tiefe Stille, bis die Gefangenen herankamen

Barbarossa gebot, nur einen Serben vortreten zu lassen und die übrigen außer Hörweite zu halten. Dieses geforderte Verhör hatte das gleiche Ergebnis. Die Aussagen der fünf stimmten genau mit jenen des ersten zusammen. Auch über die Ursache zur feindseligen Haltung des byzantinischen Hofes wurde dem Kaiser Aufschluß

„Wir sind kein Raubgesindel, keine Skordbande, sondern ehrjame Leute der Stadt Brandiha“, jagte ein Gefangener, der eine sehr freimütige, fast kühne Sprache führte. „Wir verteidigen unser Vaterland gegen seine Feinde, die Lateiner“

„Die Lateiner ziehen doch ruhig und friedlich ihres Weges, um nach Asien zu gelangen, zum Streite wider die Heiden, nicht aber gegen die Griechen“, verjehnte der Hohenstaufe, in der Absicht Näheres zu erforschen.

„So behauptet Ihr, — Haak Angelus schrieb ganz anders an unsern Herzog“, verjehnte der Gefangene. „Allerdings fahren die Lateiner nach Asien, zuerst aber wollen sie Konstantinopel erobern, unseren Kaiser verjagen, das Reich der Griechen zerstören und ein lateinisches Reich aufrichten, darin nicht mehr die wahre Religion gepredigt wird, sondern die Lehre des römischen Papstes. Schon haben die Lateiner den neuen Kaiser bestimmt, er heißt Friedrich und ist Euer Sohn Tut gemacht, — es könnte auch anders kommen!“ schloß er mit giftigen Blicken. „Wir Männer von Brandiha konnten die Lateiner nur aus Versehen beschützen, weil wir wenige sind, — bald werden ihnen mächtige Griechenheere und gar tapfere Streiter entgegentreten“

„Welche sinnlosen und dreisten Verleumdungen!“ sprach der Kaiser.

„Griechische Arglist!“ murmelte Graf Florenz.

Barbarossa gebot durch einen Wink, die Gefangenen abzuführen.

Der Rotbart erhob sich und trat in den Kreis der Fürsten und Ritter.

„Die Schrift Eurer Jüge verkündet Born und Empörung über die Treulosigkeit des byzantinischen Kaiserhofes“, begann er. „Also dennoch, trotz Eid und Vertrag, das alte, feindselige Ränkepiel der schismatischen Griechen wider uns, die Söhne der katholischen Kirche! Bereits vor 100 Jahren behandelten die Griechen den frommen Helden Gottfried von Bouillon und dessen tapfere Seergefellen mit arger Tücke und Falshheit.

Allerdings verpflichtete damals die Byzantiner kein beschworener Vertrag zum Frieden mit jenen Kreuzfahrern, wie jetzt mit uns, — darum ist ihre gegenwärtige eidvergeßene Treulosigkeit noch freudhafter“, fuhr er im Tone der Entrüstung fort. „Die Griechen sollen erfahren, daß wir unser verbrieftes und beschworenes Recht mit Füßen nicht treten, mit uns nicht spielen lassen. Zunächst treffe gerechte Strafe die ruchlose Stadt Brandiha, — heute noch gehe sie in Flammen auf, — ihr Schicksal möge Gleichgesinnten zur Warnung dienen! Wollen wir Treue finden und Achtung im Lande der Griechen, dann müssen wir immer stark und immer gerecht sein.“

Beifallsgemurmel und Kopfnicken im Kreise verkündete allseitiges Einverständnis mit dem kaiserlichen Spruche.

Trompeten schmetterten durch das Tal und riefen zum Aufbruch. An den Herzog Friedrich von Schwaben, welcher die Vorhut führte, sandte Barbarossa einen Eilboten mit dem Befehle, bis zum nächsten Morgen hier zu rasten.

Gepäck und Proviantwagen unter starker Bedeckung zurücklassend, zog Barbarossa mit dreitausend Rittern und fünftausend Fußknechten nach dem etwa vier Stunden entfernten Brandiha zurück.

Bevor die Rächer der Freveltaten die Stadt erreichten, war dort ihr Anmarsch bekannt geworden. Das böse Gerücht erklärte dem Statthalter und den Einwohnern Bedeutung und Zweck der Rückkehr der Deutschen. In eiliger Flucht verließen alle Brandiha, kleine und große Bündel mit sich schleppend und Vieh vor sich hinstreibend. Kaum hatten die letzten Flüchtlinge die Stadt verlassen, als die ersten Rauchsäulen emporzogen. Rasch mehrten sich diese schauerrollen Merkmale der Zerstörung. Ein starker Wind gefellte sich zum Feuer, das mit rasender Schnelligkeit die hölzernen, vielfach mit Stroh gedeckten Häuser angriff. Nach Verlauf einer Stunde war die ganze Stadt ein graußiges Feuermeer, dessen glühende Wogen, vom Sturm gepeitscht, brausend zum Himmel emporstiegen.

5. Der Fürst von Rissa.

Das Strafgericht über Brandiha war von bester Wirkung. Die Pilger wurden nicht mehr beschossen und konnten ungestört ihres Weges ziehen. Aber Lebensmittel wurden ihnen keine verkauft. Die Landesbewohner flüchteten beim Herannahen der ihnen verhassten Lateiner mit ihren

ihre Güte und Haltbarkeit hin zu prüfen, so würde man schätzungsweise zu folgendem Resultate kommen:

60 % aller Schweißstellen mit	30 % Haltbarkeit
30 % " " " "	60 % " "
10 % " " " "	60-70 % " "

Ein anderes Resultat läßt die Fülle der Fehlermöglichkeiten noch nicht zu. Es gibt nur eine richtige Schweißung und unendlich viel falsche. Man fragt sich unwillkürlich: wie ist das Verhältnis zu erklären? Gibt es keine Möglichkeit, die oben angegebenen Prozente zu verbessern? Diese Möglichkeit besteht fraglos bis zu einem gewissen Grade, ist aber vor allem deswegen so schwierig zu erreichen, weil letzten Endes jeder Fehler auf menschliche Unzulänglichkeit zurückzuführen ist.

Diese Behauptung erscheint zunächst unwahrscheinlich, jedoch sollte jeder Schweißer bei jedem Mißlingen zunächst die Schuld bei sich suchen. Schweißarbeiten sind in ihrer Qualität Vertrauenssache; denn wir haben heute noch keine Einrichtung, mit deren Hilfe wir die Qualität einer Schweißung prüfen können. Der Schweißer muß deswegen ein großes Verantwortungsgefühl besitzen, liegt doch der allumfassende Fehler in der oberflächlichen Einstellung zum Werkstück. Es ist nicht gleich, mit welcher Stimmung der Schweißer an seine Arbeit herangeht. Jede Schweißung erfordert bei aller Übung eine scharfe Konzentration der Gedanken und des Willens, und dazu bedarf es eines Arbeiters, der in psychischer und physischer Hinsicht auf der Höhe ist. Ein seelisch oder körperlich kranker Schweißer kann keine vollwertige Schweißung vollbringen; eine Gefahren- und Fehlerquelle, die kaum berücksichtigt wird. So haben wir auf der einen Seite eine Arbeit, die nur mit größter Sorgfalt und Anspannung aller in Frage kommenden Fähigkeiten ausgeführt werden kann, also eine Sache, ein Werkstück, das nur in einer Art richtig bearbeitet ist; auf der andern Seite den Menschen mit seinen vielen Stimmungsschwankungen, Ermüdungen, Lust- und Unlustgefühlen. Hier liegt das Grundübel aller Fehler, in diesem Gegensatz.

Schon die Vorbereitung der Werkstücke zum Schweißen, z. B. das Auslösen und Ausdauern, das Abschragen von Blechen läßt oft zu wünschen übrig. Aber gerade die Vorbereitungsarbeiten müssen besonders sorgfältig ausgeführt werden. Sie sind nicht die richtige Stelle, an der mit der Zeit gespart werden kann; denn eine Nachlässigkeit in der Vorarbeit hat ungenügendes Durchschweißen zur Folge. Die Auflage des Werkstückes soll sicher und genau sein, zwei Gesichtspunkte, die sich bei Vernachlässigung durch Unfall oder Verbiegen rächen können. Alle Schweißgüter sollen hohl liegen, auf Klößen gelagert oder in Schweißvorrichtungen eingespannt sein, damit die Wärme möglichst schlecht abgeleitet wird.

(Schluß folgt.)

W. Meyer.

Bekanntmachung

Sonntag, den 26. April 1931, ist der 18. Wochenbeitrag fällig.

Adressenänderung.

Eplingen: Unser Büro befindet sich in Eplingen Friedrichstr. 2, neben der Hauptpost.

Inhaltsverzeichnis

Der Deutsche Metallarbeiter. Hauptteil:

- Um Arbeitslosenversicherung und Wohlfahrtsunterstützung (Wbr.), S. 257.
- Städtenot, Beamtengehälter und Wohlfahrtsunterstützung (St.), S. 259.
- Sparr! Auch bei der Verwaltung der Sozialversicherung! (Kg.), S. 260.
- Arbeitslosenversicherung in den verschiedenen Ländern (S. B.), S. 262.
- Schwedenerze und deutsche Eisengroßindustrie, S. 263.

Verbandsgebiet:

- Generalversammlung der Ortsverwaltung Berlin 2 (S. D.), S. 265.
- In Emden gehts vorwärts (S. Crull), S. 265.
- Wir marschieren in Thale (S.), S. 266.

Aus den Betrieben:

- Theorie und Praxis im sozialistischen Metallarbeiterverband in Halle (St.), S. 266.

Unterhaltung:

- Roman der Mumie (Theophil Gautier), S. 264.
- Barbarossas Kreuzzug (Kontab von Bolanden), S. 269.

Wirtschaft — Technik:

- Neues aus der deutschen Automobilindustrie (M. D.), S. 267.
- Wärmetechnische Grundlagen für den Zentralheizungsbau (Kremer, Heizungsbranche Köln), S. 268.
- John Rodfeller stößt auf Oel (W.), S. 269.
- Fehler und Fehlerquellen beim autogenen Schweißen (W. Meyer), S. 270.

Bekanntmachung:

Seite 272.

Schriftleitung: Georg Wieber. — Verlag: Franz Wieber, Duisburg, Stapeltor 17. — Druck: Echo-Verlag und -Druckerei, e. G. m. b. H., Duisburg.

Herden in die Berge, und verbargen alle Nahrungsmittel, die sie nicht fortbringen konnten. So fanden die Kreuzfahrer öde Dörfer, ausgeleerte



Wohnungen, und waren zur Fristung des Lebens auf die zur Reize gehenden Vorräte ihrer Proviantwagen angewiesen.

Diese traurige Lage änderte sich, sobald die Pilgrime Südservien erreichten, das sich vom byzantinischen Reiche losgerissen hatte. Die Bewohner dieses Landes nahmen die Waller freundlich auf, und versahen sie reichlich mit Lebensmitteln.

Vor der großen und schönen Stadt Rissa bezogen die Pilger ein Lager und schlugen ihre Zelte auf, so daß gleichsam eine zweite Stadt entstand, darin sich sofort ein lebhafter Markt entwickelte. Sechs Tage rasteten sie hier, um sich von den überstandenen Beschwerden zu erholen, und ihre leeren Proviantwagen wieder zu füllen. Nicht bloß die Einwohner Rissas verkehrten freundlich mit den Wallbrüdern, auch der Landesfürst, Stephan Keemanja, erschien mit glänzendem Gefolge, um der Kaiser und die Fürsten zu begrüßen. Bischof Diebold von Passau, ein Teilnehmer des Kreuzzuges, schreibt hierüber in seinem Tagebuch: „Bei Rissa kam uns der große Graf Serviens prächtig mit sehr zahlreichem Gefolge entgegen, und er und der Kaiser besahnten sich gegenseitig kostbar, und verhandelten vieles miteinander. Ueberdies wurden alle Fürsten von dem besagten Grafen mit Wein und Met und Schlachtwich reichlich beschenkt.“

Fürst Stephan war ein Mann in den besten Jahren, mit blühenden, schwarzen Augen, lebendig in seinen Bewegungen, fast leidenschaftlich in seiner Darstellungsweise, mit stets wechselndem Mienspiel.

Barbarossa verlor keinen Augenblick seine ernste Ruhe. Nur selten belebte flüchtiges Lächeln seine Züge. Das Spiel seiner Miene verriet niemals innere Erregung, während seine würdevolle Gestalt ein Nimbus ehrfurchtgebietender Majestät umfloß, und der scharfe Ausdruck seiner Augen in gebietender Scheit leuchtete.

So machte Fürst Stephan der außerordentlichen Persönlichkeit des Feldenkaisers gegenüber fast den Eindruck eines kostbar geschmückten, unbedeutenden Menschen. Dennoch hatte sich Keemanja um Südservien große Verdienste und in der Weltgeschichte einen Namen erworben. Unternehmend, klug und tapfer, wie er war, dazu von Selbstbewußtsein und Teilnahme für seine Stammesgenossen durchdrungen, hatte er die Notwendigkeit unter griechischer Oberherrschaft abgestürzt, das Volk der Servier befreit.

(Fortsetzung folgt.)